

Die staatsmännische Thätigkeit des älteren Pitt während des  
Zwiespaltes und Krieges zwischen England und den  
amerikanischen Kolonien.

Von

Oberlehrer Dr. Eickershoff.



Wissenschaftliche Beigabe zu dem Berichte über die Ober-Realschule zu Elberfeld.  
Schuljahr 1885—1886.

Druck von A. Martini & Grüttesen in Elberfeld.

440 9eL (1886)  
2

352,64



Die Arbeit desselben Verfassers: „Über die Verdoppelung der Konsonanten im Altnormannischen“, von welcher ein Teil für das vorjährige Programm angekündigt war, ist mittlerweile ganz in Herrigs Archiv zum Abdruck gelangt (Band LXXV, Heft 1, 2 und 3).



## Die staatsmännische Thätigkeit des älteren Pitt während des Zwiespaltes und Krieges zwischen England und den amerikanischen Kolonien.

Im nördlichen Kreuzflügel der Westminster-Abtei, in welcher das englische Volk den grössten seiner Helden die letzte Ruhestätte bereitet oder ihnen doch ein Denkmal, eine Marmortafel weiht, steht die lebensgrosse Bildsäule eines Mannes, der mit dem Ausdruck tiefer Erregung in den Mienen warnend seine Rechte emporhebt, als ob er seinen Zuhörern den nahen Untergang verkünde, vor dem er sie gerne bewahren möchte. Es ist die Bildsäule des Mannes, von dem Englands grösster Geschichtsschreiber<sup>1)</sup> sagt, dass er „ein Schauspieler im Cabinet des Königs, ein Schauspieler im Ministerrat, ein Schauspieler im Parlament war“, und dass er „selbst im Privatleben die Laute und Angewohnheiten eines Schauspielers nicht beiseite lassen konnte“; es ist die Bildsäule des älteren William Pitt, des nachmaligen Earl von Chatham, dessen Name einst Englands Feinde in allen Weltteilen erzittern machte, und dem seine Landsleute, als er noch auf der Höhe seiner Macht und seines Ansehens stand, in blindem Vertrauen zugethan waren. Als er jedoch die Zügel der Regierung nicht mehr in Händen hatte, da schien Englands Glücksstern untergegangen zu sein, und es war fortan das Geschick des ehemals allmächtigen Ministers, gegen ein gewaltthätiges Ministerium und ein verblendetes Parlament mit der Stimme der Beredsamkeit vergeblich anzukämpfen; seine warnenden Rufe verhallten unbeachtet, wie oft und wie dringend er sie auch wiederholen mochte. Grade diese seine parlamentarische Thätigkeit ist es, welche Macaulay eine schauspielerische nennt; ganz besonders Pitts Ansicht, dass England seine amerikanischen Kolonien nicht ohne ihren Willen besteuern dürfe, und die Art und Weise der Verteidigung dieser Ansicht haben Macaulay zu jenem harten Urteil veranlasst. Wohl mag es daher der Mühe wert erscheinen, die staatsmännische Thätigkeit Lord Chathams während des Zwiespaltes und Krieges zwischen England und den amerikanischen Kolonien einer eingehenderen Untersuchung und Besprechung zu unter-

<sup>1)</sup> Macaulay, Critical and historical essays, II, 223 (Leipzig 1850).



ziehen. Zu diesem Behufe wollen wir zunächst eine kurze Erörterung über die Rechtsfrage der amerikanischen Besteuerung durch das englische Parlament voranschicken, um dann erst die sich auf diesen Gegenstand richtende parlamentarische Thätigkeit Chathams folgen zu lassen.

Nach einem unter der Regierung der Königin Anna (1702—14) erlassenen und zur Zeit der amerikanischen Wirren noch gültigen Gesetz mussten der Grafschaftsritter und der städtische Abgeordnete eine bestimmte jährliche Einnahme haben. „Die Gentry reserviert sich die ausschliessliche Besetzung des Unterhauses durch Personen aus ihrer Mitte vermöge des Census von 600 £ Grundrente für den Abgeordneten der Grafschaft, 300 £ Grundrente für den Abgeordneten der Städte<sup>1)</sup>.“ Da, wie wir hernach noch näher ausführen werden, die Kolonisten, als sie ihr Mutterland verliessen, alle Rechte frei geborener Engländer für sich und ihre Kinder mit übers Meer nahmen, so mussten sie auch dieses Recht zur Wahl eines Vertreters für das englische Parlament behalten, wenn sie es nach den damals bestehenden Gesetzen in England auszuüben berechtigt waren, oder wenn sie in Amerika in den Besitz eines jährlichen Einkommens gelangten, das sie in ihrem Mutterlande wahlberechtigt machte. Kaum glaublich erscheint es, dass man den Kolonisten auch dann noch eine Vertretung nicht gewähren wollte, als die Einwohnerzahl von nur vier Kolonien sich bereits auf mehr als eine halbe Million Menschen belief<sup>2)</sup>. Freilich hatte es auch in England nicht an Beispielen gefehlt, dass das Parlament Landstriche besteuerte, ehe dieselben vertreten waren. Chester bat schon im Jahre 1450 um eine Vertretung, und erst im Jahre 1542—43 wurde dieselbe gewährt; Wales erhielt erst 1535 und Durham gar erst im Jahre 1672 eine parlamentarische Vertretung. Jedoch waren alle einsichtsvollen Männer darüber einig, dass es ein grosses Unrecht gewesen war, diese Gebiete so lange ohne Vertretung zu lassen. Um so auffallender erscheint das den Kolonisten zugefügte Unrecht, wenn man sich vergegenwärtigt, dass gerade damals in England ganz unbedeutende Dörfer und Flecken berechtigt waren, Abgeordnete ins Parlament zu wählen. Old Sarum, das alte Salisbury, das schon zur Zeit Richards I. ein verlassener Ort war, wählte bis zum Jahre 1832 zwei Mitglieder ins Unterhaus, obschon es nur zwölf Einwohner hatte<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> R. Gneist, Englische Verfassungsgeschichte (Berlin 1882), S. 661 und 663.

<sup>2)</sup> Auf der Universitätsbibliothek in Bonn findet sich ein Buch, eingetragen unter Iq 993, welches eine Anzahl von Schriften und Material für unser Thema enthält. Einen Titel hat das Buch nicht; auf dem Einband steht gedruckt: American politicks. Zuerst abgedruckt ist (S. 1—32): The declaration by the representatives of the united colonies; London 1770. Als Verfasser sind genannt: Lovers of peace. Unter anderem folgt dann eine Abhandlung, gedruckt London 1774, betitelt An argument in defence of the exclusive right claimed by the colonies to tax themselves (besonders paginiert; S. 1—63); es folgt im Anschluss an diesen Aufsatz: Argument for the right claimed by the colonies (S. 65—144). U. a. findet sich in demselben Buche noch: The constitution of the several independent states of America, gedruckt in Philadelphia, abgedruckt London 1782, darunter der Charter von Rhode Island (S. 46—58). Dass im Jahre 1760 die Einwohnerzahl von Massachusetts Bay, New Hampshire, Connecticut und Rhode Island bereits 500 000 Seelen betrug, findet sich Argument S. 62 (entnommen dem ersten Bande von Hutchinsons History of Massachusetts Bay, 1760). Die in unserer Arbeit folgenden Einzelheiten über Chester u. s. w. finden sich The declaration, S. 118 u. f. Da das ganze Material des Buches zweifellos authentisch und zuverlässig ist, so haben wir es ohne Bedenken verwertet.

<sup>3)</sup> Die Verfassung Englands. Von Dr. E. Fischel. Berlin 1864. S. 388. „Durch Gouverneur Pitt, Besitzer eines grossen Diamanten, kam Old Sarum in den Besitz der berühmten Familie.“ 1735 kam der ältere Pitt (Lord Chatham), 27 Jahre alt, für Old Sarum ins Unterhaus.



„Winchelsea hatte 1784 drei Wähler und befand sich im Besitz eines reichen Nabobs. Ein Flecken, Bossiney in Cornwall, hatte nur einen Wähler. Ein Flecken, den das Meer bereits verschlungen, blieb dennoch vertreten. Der Besitzer des Strandes, an dem er gestanden, fuhr bei der Wahl mit einem Boote und den drei Wählern hinüber und führte dort eine Wahlkomödie auf. 1790 gab es 30 Flecken mit 375 Wählern, welche 60 Abgeordnete ins Unterhaus schickten.“ . . . . . „Die Grafschaft Cornwall mit 165 000 Einwohnern, inklusive der Wahlflecken, sendet (1790) für sich und diese Flecken 44 Mitglieder ins Parlament<sup>1)</sup>.“ Mit Rücksicht auf solche Verhältnisse in England, war es also nur eine Forderung der Billigkeit, wenn die Kolonien, als ihre Einwohnerzahl auf Hunderttausende angewachsen war, eine Vertretung im englischen Parlament verlangten. Als nun gar das englische Parlament die amerikanischen Bürger ohne ihre Zustimmung besteuern wollte, da wurde der lange unterdrückte Unwille aller Kolonisten wachgerufen.

Ohnehin lasteten schon schwer drückende Gesetze auf allen Handelsunternehmungen der jungen Kolonien. Im Jahre 1663 wurden die Schifffahrtsgesetze des Jahres 1651 erneuert, nach denen eine Ausfuhr aus Amerika nur englischen Schiffen gestattet war; fremde Schiffe blieben von anglo-amerikanischen Häfen ausgeschlossen. Alle amerikanischen Ausfuhrartikel (es waren 32: die sog. enumerated articles, die später noch vermehrt wurden) mussten zunächst nach England geschickt werden, um dort besteuert zu werden. Alle ausländischen Waren bekamen die Kolonisten nur über England. In den Jahren 1738—48 belief sich die jährliche Ausfuhr von England nach Amerika auf mehr als drei Millionen Dollar durchschnittlich; die Ausfuhr der Kolonie nach England betrug 1770 für mehr als eine Million £, die Einfuhr von England fast zwei Millionen £<sup>2)</sup>: ein Beweis, dass die Kolonien für das Mutterland eine reiche Einnahmequelle bildeten. Gegen diese Einmischung des englischen Parlaments in ihre Handelsangelegenheiten hatten die Kolonien von jeher energisch protestiert, jedoch ohne jeden Erfolg; vielmehr waren jene Handelseinschränkungen immer mehr verschärft worden und wurden mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt. Das englische Parlament hatte ferner das englische Postsystem in Amerika eingeführt und die zu zahlenden Gebühren, ohne die Kolonien zu fragen, bestimmt; es hatte die Ausgabe von Papiergeld beschränkt; es hatte gewisse Zweige der Fabrikation und des Handels ganz untersagt, die Bildung von Aktiengesellschaften von mehr als einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern verboten; ja, es hatte sogar über die Eidesleistung bestimmte Vorschriften erlassen<sup>3)</sup>. Nur unwillig fügten sich die Kolonien diesen Bestimmungen. Wenn es jedoch galt, durch freiwillige Gaben dem Mutterlande zu helfen, dann leisteten die Kolonisten gern alles, was sie nur zu leisten imstande waren. In den ersten vier Jahren des französischen Krieges (1754—58) zahlte z. B. Pennsylvanien allein zur Verteidigung seines Gebietes 218 000 £ für den königlichen Dienst; im ganzen Krieg gab diese Kolonie 500 000 £ aus, erhielt jedoch später 60 000 £ vom Mutterlande zurück. Der Krieg, der 1763 beendet wurde, kostete allen Kolonien 16 Millionen Dollar, wovon England nur 5 Millionen zurück-

<sup>1)</sup> Fischel, S. 389.

<sup>2)</sup> History of the United States of America. By R. Hildreth. New York 1849. II, 559.

<sup>3)</sup> Hildreth, I, 471; II, 329, 517, 559.

erstattete; Massachusetts allein hatte 2 $\frac{1}{2}$  Millionen Dollar ausgegeben<sup>1)</sup>. Diese Lasten trugen die Kolonien, wie gesagt, gerne, weil es freiwillige Gaben waren, die sie dem Mutterlande zum Teil in ihrem Interesse darboten. Als jedoch das englische Parlament das Recht der Besteuerung der amerikanischen Kolonien in Anspruch nahm, ohne zugleich eine Vertretung derselben zu gestatten, wiesen die Kolonisten auf ihre Freibriefe hin, die man ihnen mit übers Meer gegeben hatte, und in denen ihnen und ihren Nachkommen alle Rechte und Freiheiten geborener Engländer zugesichert worden waren.

Einer der ersten englischen Juristen des vorigen Jahrhunderts, Blackstone<sup>2)</sup>, spricht die Ansicht aus, die Kolonien in Amerika seien als ein erobertes Land anzusehen, und die englischen Gesetze hätten also dort keine Gültigkeit; vielmehr habe das englische Parlament das Recht, Gesetze jeder Art ohne Mitwirkung der Kolonisten zu erlassen. Es liegt auf der Hand, dass diese Ansicht, die zu einer Zeit geäußert wurde, als die amerikanische Steuerfrage alle Gemüter in England erregte, eine durchaus unrichtige ist; denn das Recht der Eroberung konnte nur auf die in Amerika wohnenden Indianer Anwendung finden, nicht aber auf die Kinder des eigenen Landes<sup>3)</sup>, welche mit allen Rechten und Freiheiten englischer Unterthanen ausgerüstet eine zweite Heimat jenseits des Meeres gesucht und gefunden hatten, und die für die Organisation der inneren Verwaltung dieser neuen Heimat Freibriefe erhalten hatten, welche mit einer einzigen Ausnahme (Pennsylvanien) nichts enthielten, was den Eingriffen des Mutterlandes in die Rechte seiner Kinder auch nur den Schein der Rechtmässigkeit hätte geben können. Im Gegenteil! In fast allen Freibriefen stand ausdrücklich, dass den Auswanderern und ihren Kindern auf ewige Zeiten alle Rechte und Privilegien freigebohrer Engländer auch in ihrer neuen Heimat zugesichert würden. Ihren verschiedenen Bedürfnissen entsprechend schufen sich die Kolonisten ihre eigenen, daher nicht gleichen Regierungsbehörden, in denen sie vertreten waren, und welche das Recht hatten, Gesetze für die inneren Angelegenheiten der Kolonien zu erlassen; jedoch mussten diese Gesetze möglichst — as near as may be, hiess es in den Freibriefen — den englischen Gesetzen entsprechen. Das Recht der Besteuerung stand bei diesen Kolonialversammlungen, die der Krone, wie bereits erwähnt, gern und freigebig diejenigen Summen Geldes bewilligten, die von ihnen in einem besonderen Schreiben an den Gouverneur der Provinz erbeten wurden. Und so war es stets gehalten worden, bis das Stempelgesetz des Jahres 1765 die ganze Sachlage plötzlich änderte. Zur nähern Begründung des Gesagten möge das Folgende dienen<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Life and times of B. Franklin. By James Parton. New York 1864. I, 371, 461; Hildreth II, 517.

<sup>2)</sup> Commentaries on the laws of England. Oxford 1770. By W. Blackstone. I, 107.

<sup>3)</sup> Auf die Unhaltbarkeit jener Anschauung weisen u. a. auch hin Story in seinen Commentaries on the Constitution of the United States, Boston 1858, I, 101, und Johnson in seinem Werke Free government in England and America, New York 1864, S. 437.

<sup>4)</sup> Für diesen Teil der Arbeit sind folgende Werke benutzt worden: 1. James Parton, Life and times of B. Franklin etc., 2 Bde.; 2. R. Hildreth, History of the United States etc., 3 Bde.; 3. S. M. Johnson, Free government etc.; 4. J. Story, Commentaries etc., 2 Bde.; 5. American politics (s. S. 4, Anm. 2); 6. J. Elliot, The debates in the several state conventions, Washington 1854, Bd. I; 7. W. Hickey, The constitution of the U. St. of America, Philadelphia 1851 (bes. S. 407); 8. Blackstone, Commentaries etc., Bd. I; 9. Dr. E. Fischel, Die Verfassung Englands etc.



Es gab zur damaligen Zeit in Amerika drei Arten von Kolonien, die sich nach ihrer Organisation von einander unterschieden, nämlich:

1. Provincial establishments mit provinziellen Einrichtungen; ihre Verfassungen richteten sich nach den Instruktionen, welche die Krone den Gouverneuren erteilte; die Provinzial-Versammlungen hatten lokale Autonomie, durften aber nichts beschliessen, was den englischen Gesetzen zuwiderlief. Der Gouverneur und der Staatsrat (council of state) wurden von der Krone, die Provinzial-Versammlung vom Volke ernannt. Zu dieser Klasse von Kolonien gehörten: Virginia, New Hampshire, New York, Georgia, New Jersey nach 1702 und die Carolinas nach 1728.

2. Proprietary governments, in denen einzelnen Personen gewisse Regierungsrechte, die nach Lehngrundsätzen verliehen wurden, übertragen waren; der Besitzer (proprietor) war Gouverneur, die Provinzial-Versammlung wurde vom Volke ernannt. Zu dieser Art von Kolonien gehörten: Maryland, Pennsylvanien, und anfangs New Jersey und die Carolinas.

3. Chartered governments mit Korporationsrechten; der Gouverneur, der Staatsrat und die Provinzial-Versammlung wurden vom Volk erwählt; dieselben erledigten die lokale Gesetzgebung und hatten solche Rechte, wie sie in den Freibriefen besonders genannt waren. Es waren die Kolonien Plymouth Colony, Connecticut, Rhode Island und ursprünglich Massachusetts.

Eine gemischte Regierungsform fand sich später in Massachusetts, wo nur der Gouverneur von der Krone ernannt wurde.

Trotz dieser Verschiedenheit in ihrer Organisation konnten sich doch alle Kolonien auf gewisse gemeinsame Rechte und Zugeständnisse berufen, die man ihnen bei ihrer Gründung gemacht hatte, und die eine eigenmächtige Besteuerung der Kolonien durch das englische Parlament ohne eine Vertretung der Kolonisten als ungerecht und ungesetzlich erscheinen lassen mussten. In allen Freibriefen, mit Ausnahme desjenigen von Pennsylvanien, stand ausdrücklich, dass die Kolonisten und ihre Abkommen für alle Zeiten alle Rechte geborener Engländer geniessen, und dass die englischen Gesetze, abgesehen von speziellen kolonialen Bestimmungen und Einrichtungen, ihre volle Gültigkeit behalten sollten. Als Karl I. einmal die Kolonie Virginia besteuert hatte und sich die Kolonisten darüber beschwerten, gab er ihren Vorstellungen Gehör, schickte einen Gouverneur hin, und fortan konnte dieser nur mit Zustimmung der Kolonial-Versammlung Steuern erheben. Im übrigen durften Gesetze erlassen werden, welche den englischen Gesetzen möglichst — „as near as may be“ — entsprechen mussten. In Massachusetts besteuerte die Kolonial-Versammlung, die dem englischen Parlamente gleich, auf besonderen Wunsch der englischen Regierung z. B. im Jahre 1642 ihre Wähler, um dem Mutterland die gewünschte Hülfe an Geldmitteln gewähren zu können. Und so blieb es stets, bis die Krone der Kolonie den Freibrief nahm (1684). Als dann das englische Parlament vier Jahre später einstimmig beschloss, dass das Einziehen von Freibriefen eine Rechtsverletzung sei, und nach einem ferneren Jahre verlangte, dass alle eingezogenen Freibriefe zurückgegeben werden sollten, da erhielt Massachusetts bald darauf (1691) einen neuen Freibrief, worin ausdrücklich stand, dass nur die Kolonial-Versammlung die Kolonisten besteuern dürfe. In Maryland durfte der Besitzer der Kolonie (Cecilius Baltimore) alle nötigen Gesetze mit Zustimmung der



freien Bürger der Provinz erlassen; und diese beschlossen 1650, dass keine Steuern ohne ihre Einwilligung erhoben werden könnten. Die Bewohner der Kolonie Plymouth genossen nach ihrem zweiten Freibrief vom Jahre 1629<sup>1)</sup>, der ihnen volle „sovereignty“ zuerkannte, uneingeschränkte Freiheit, bis ihnen (1684) der Freibrief genommen wurde. 1691 wurde die Kolonie mit Massachusetts vereinigt. In der Kolonie New York war es seit Erteilung eines Freibriefs an dieselbe (1691) stets so gehalten worden, dass keine Steuer ohne Zustimmung der Kolonial-Behörde (= General Assembly, bestehend aus dem Gouverneur, dem Staatsrat und den Vertretern des Volks) erhoben werden durfte. In Nord- und Süd-Karolina bestand seit 1669 ein zweijähriges Parlament, das, wie das englische, Gesetze erliess, welche durch die königliche Bestätigung volle Gültigkeit erlangten. Wie klar und deutlich das Selbstbesteuerungsrecht der Kolonisten ausgesprochen wurde, möge zum Schluss noch aus der wörtlichen, darauf bezüglichen Stelle des Freibriefes von Rhode Island ersehen werden. Darin heisst es: „Und zugleich erklären wir für uns, unsre Erben und Nachfolger . . . ., dass der genannte Gouverneur, der stellvertretende Gouverneur, die Besitzer und alle Beamten und Diener der genannten Gesellschaft gesetzlich berechtigt sein sollen, in den genannten Niederlassungen solche Anordnungen, Befehle und Anweisungen, die den seither in diesem Königreich gegebenen herkömmlichen Gesetzen und Statuten nicht zuwiderlaufen, zu erlassen, auszuüben und auszuführen, wie es die Gerechtigkeitspflege und die Leitung der Regierung erheischt . . . . Und weiter ist es unser Wille und Wunsch und erklären wir für uns, unsre Erben und Nachfolger . . . ., dass alle diejenigen Unterthanen, sowohl die unsrigen, als auch diejenigen unsrer Erben und Nachfolger, welche unsre genannte Kolonie ansiedelten oder sich in Zukunft dort niederlassen mögen, und alle ihre Kinder, die dort geboren sind, noch geboren werden oder auf der Hin- oder Rückfahrt auf dem Meere geboren werden, alle Rechte und Freiheiten freier englischer Unterthanen haben sollen, und zwar in jeder Hinsicht, zu jedem Behuf, als ob sie und jeder von ihnen im Königreich England geboren wären.“ Einzig und allein der erste Freibrief von Pennsylvanien (1681) enthielt die Bemerkung, dass Steuern nur mit Zustimmung des Eigentümers der Provinz oder der Kolonial-Versammlung oder „by act of parliament in England“, also durch einen Beschluss des englischen Parlaments, erhoben werden könnten. Dieser letzte Passus war die Folge einer Streitigkeit zwischen der Krone und Massachusetts und beweist, dass die Krone, wenn sie eine Kolonie durch das englische Parlament besteuern lassen wollte, es für nötig hielt, dies ausdrücklich im Freibrief zu erwähnen. Übrigens ist der Kolonie Pennsylvanien gegenüber von jener Bestimmung niemals Gebrauch gemacht worden. Mit Recht dürfen wir also behaupten, dass es ein gewaltthätiger Eingriff in die Rechte der Kolonisten war, als das englische Parlament, in welchem keine Kolonie vertreten war, den Hunderttausenden von Kolonisten Steuern auferlegen wollte. Selbst Macaulay nennt die Stempel-Steuer „ungerecht“, obschon er Chatham vorwirft, er habe kein Recht zu behaupten, das englische Parlament könne und dürfe Amerika nicht besteuern. Denn das englische Parlament, so sagt Macaulay, könne

<sup>1)</sup> Im Jahre 1620 hatte die Kolonie ein einfaches Gründungspatent erhalten, in welchem ihr das Recht Gesetze nach englischem Vorbild zu erlassen, zugestanden war.

die unmenschlichsten, grausamsten Gesetze erlassen, ohne dass jemand die Gültigkeit derselben bestreiten könne. Im Grunde genommen hat Chatham in allen seinen Reden nicht mehr behauptet als Macaulay, dass nämlich jede Art Steuer, welche das englische Parlament den Kolonisten auferlege, eine „ungerechte“ Neuerung sei. Und dass diese Neuerung auch ungesetzlich war, weil sie verbriefte Rechte der Kolonisten gewaltsam vernichtete, glauben wir im Vorstehenden dargethan zu haben. Obschon die englische Regierung den Standpunkt, auf welchen sich die Kolonisten stellten, damals nicht anerkannte, verfährt sie heutzutage thatsächlich nach diesen Grundsätzen. Schon im Jahre 1766 sagte Pitt<sup>1)</sup>: „Das Recht, Steuern und Abgaben zu fordern, ist weder ein Recht der Exekutiv- noch der gesetzgebenden Gewalt. Steuern und Abgaben sind bloss freiwillige Gaben und Bewilligungen der Gemeinen. An der Gesetzgebung nehmen alle drei Stände teil, aber die Zustimmung der Pairs und der Krone zu einer Steuer ist eine blosse Formalität, um der Bewilligung der Commons das Gewand eines Gesetzes zu geben.“

Bei der Beurteilung dieser Frage darf man ferner nicht vergessen, dass das englische Unterhaus, gegen welches Pitt vergeblich ankämpfte, damals zum grössten Teil aus Mitgliedern bestand, die kaum als Vertreter des englischen Volkes gelten konnten. Eine unglaubliche Bestechlichkeit war eingerissen. So wurde unter dem Ministerium Bute und Fox an einem einzigen Morgen eine halbe Million Mark zur Bestechung verwandt<sup>2)</sup>. Einzelne Abgeordnete erhielten jährlich eine Summe von 10 000—16 000 Mark. Beim Friedensschluss von 1763 wurden nicht weniger als 120 Abgeordnete erkaufte. North rühmte sich, dass er stets 170 Stimmen zur absoluten Verfügung habe<sup>3)</sup>. Unabhängig, d. h. nicht von der Aristokratie ernannt waren (vor der Reformbill von 1832) von den 658 Unterhausmitgliedern nur 171<sup>4)</sup>. Unter solchen Umständen konnte von Recht und Billigkeit beim englischen Parlament allerdings keine Rede sein.

Da auch das Parteiwesen der damaligen Zeit für die vorliegende Frage nicht unwichtig ist, so möge hier folgendes erwähnt werden. „Beim Regierungsantritt Georgs III. (1760) sind die prinzipiellen Grundsätze von Whigs und Tories fast gänzlich verwischt. Die Tories bilden nur noch eine kleine Fraktion. Von den Whigs, die in viele kleine Sekten gespalten sind, heben wir zuerst die persönlichen Freunde des Königs, „the King's friends“, hervor. . . .; die andern kleinen Sekten, in welche die Whigs 1767 zerfielen, und welche sich aufs heftigste befehdeten, folgten Rockinghams, Bedfords, Pitts und Grenvilles Fahne<sup>5)</sup>. . . .“

Wie wir bereits hervorgehoben haben, war die staatsmännische Thätigkeit Chathams in dieser Steuerfrage eine lediglich parlamentarische. Nach einem Beschluss des Unterhauses vom

<sup>1)</sup> Parliamentary History XVI, 99 (nach Fischel, S. 452). „Für die Parlamentsverhandlungen reicht die P. H. Bd. V—XXXVI vom Jahre 1668 bis zum 12. Aug. 1803, womit dies Sammelwerk überhaupt schliesst, und als (Hansard's) P. Debates in neuen Serien fortgesetzt wird.“ R. Gneist, Engl. Verfassungsgeschichte, S. 629. Wir haben für unsre Arbeit eine in London 1813—14 erschienene Ausgabe der P. H. benutzt.

<sup>2)</sup> Macaulay, Essays V, 204.

<sup>3)</sup> Parton, II 484—487.

<sup>4)</sup> Fischel, S. 391.

<sup>5)</sup> Fischel, S. 508.



Jahre 1642<sup>1)</sup>) war es ausdrücklich verboten, Parlamentsdebatten zu drucken; auch war die Geheimhaltung der Sitzungen ein Jahr vorher besonders eingeschärft worden. Dies hinderte freilich nicht, dass trotzdem Nachrichten über die Verhandlungen und Reden verbreitet und gedruckt wurden; seit 1770 begannen sogar ausführlichere Berichte zu erscheinen, die indessen aus dem Grunde nicht ganz genau sein konnten, weil es verboten war, Reden nachzuschreiben oder auch nur Notizen zu machen. „Noch 1806 wurde ein Berichterstatter denunziert, weil er auf der Reporter Gallery die Debatten nachschrieb.“ Das Unterhaus tagte bei verschlossenen Thüren, und Fremde wurden nur ausnahmsweise infolge besonderer Vergünstigung zugelassen<sup>2)</sup>). Indessen sind wir trotzdem in der Lage, den Grundgedanken aller Reden Chathams ziemlich genau zu erkennen; und auch die äussere Umhüllung ist bei den verschiedenen Quellen, die uns darüber berichten, meist eine sehr ähnliche, also wohl ein Beweis, dass diese Berichte ein annähernd treues Bild von den Reden Chathams geben.

Schon einige Jahrzehnte vor der Annahme des Stempelsteuer-Gesetzes, als Pitt noch ein Jüngling von 16 Jahren war (im Jahre 1724), entstand zwischen Jamaika und der Krone ein Rechtsstreit darüber, ob der König und sein Staatsrat den Einwohnern jener Insel Steuern auferlegen könnten. In der Antwort, welche die Kron-Advokaten auf die an sie gerichtete Frage, ob England ein Recht habe, seine Kolonien zu besteuern, gaben, hiess es, dass eine Kolonie englischer Unterthanen nicht anders besteuert werden könnte, als durch eine Versammlung selbstgewählter Vertreter — oder durch das englische Parlament<sup>3)</sup>). Der Widerspruch, der in dieser Antwort liegt, ist offenbar. Etwa zwanzig Jahre früher hatte der Gouverneur von Pennsylvanien, Sir W. Keith, geraten, man solle durch eine Parlamentsakte die Abgaben für Pergament und Stempelpapier auch auf Amerika ausdehnen, um mit dem Ertrage der Steuer die Truppen, deren man im Westen gegen die Indianer bedurfte, zu unterhalten. Ernstlich wagte man jedoch in England diesem Vorschlag selbst dann noch nicht näher zu treten, als mehrere angesehene Kaufleute denselben (1739) befürworteten. Für uns ist es von Interesse, dass man auch Pitt, als derselbe Staatssekretär war — von 1757—1761 mit einer Unterbrechung von zwei Monaten — einen Steuerplan für die amerikanischen Kolonien vorlegte. Dass man ihn, den mächtigen Minister, zu bewegen suchte, für eine derartige Steuer einzutreten, geht aus einer Rede hervor, die er am 3. Februar 1766 hielt, in der es heisst<sup>4)</sup>): „Auch als ich im Amte war, schlugen mir einige vor, ich sollte mir die Finger mit einer amerikanischen Stempelakte verbrennen. Den Feind im Rücken, unsere Bajonette auf der Brust hätten sich die Amerikaner vielleicht in den Tagen des Unglücks die Steuer gefallen lassen; doch das hätte geheissen, einen ungerechten und unedlen Vorteil ziehen wollen.“ Obwohl auch die englische Presse im Jahre 1757 eifrig jenen Plan verteidigte<sup>5)</sup>), so liess Pitt sich dennoch in der Politik der Grossmut und des Rechtes, die er den Kolonien gegenüber stets befolgte, nicht beirren, weil er eine Besteuerung der Kolonisten

<sup>1)</sup> Fischel, S. 419 u. f.

<sup>2)</sup> Hildreth, II, 534.

<sup>3)</sup> Bancroft, History of the United States of America. Übersetzt von A. Kretzschmar, Leipzig. I, 28.

<sup>4)</sup> Francis Thackeray, A history of the right honorable William Pitt, Earl of Chatham. London 1827. II, 70.

<sup>5)</sup> Bancroft I, 198.



nicht nur für höchst gefährlich, sondern auch für ungerecht und ungesetzlich hielt. Während seiner ganzen Amtsthätigkeit als Staatssekretär verliess er sich stets nur auf die willige Mitwirkung der Kolonien, ihre Freiheiten tastete er nicht an. Ohne der Tapferkeit der englischen Truppen Abbruch zu thun, darf man wohl behaupten, dass die Engländer ihre grossen Erfolge in Amerika gegen Ende der fünfziger und am Anfang der sechziger Jahre fast nur dem freudigen, opferwilligen Mitwirken der dortigen Kolonien zu verdanken hatten. Schreibt doch auch Pownall<sup>1)</sup>, der Gouverneur von Massachusetts, in einem ausführlichen Bericht über Amerika (am 15. Januar 1758) an Pitt, „nur mit dem guten Willen der Einwohner und im Einverständnis mit denselben“ könne man in Amerika mit einer Truppenmacht etwas ausrichten, da alle Verbindungen leicht abgeschnitten werden könnten und überall ohne Mühe ein gefährlicher Hinterhalt zu legen sei. Kein Wunder also, dass Pitt, der diese gefahrvolle Lage der Engländer in Amerika wohl erkannte, auch in späteren Jahren stets mit Nachdruck betonte, man könne die Kolonien nicht mit Waffengewalt unterwerfen.

Bald nachdem Pitt sein Amt als Staatssekretär niedergelegt hatte (1761), erkrankte er und erst im Juli 1763 trat er wieder politisch thätig auf. Townshend war mittlerweile zum ersten Lord des Handels-Departements ernannt worden. Dasselbe hatte man im Jahre 1696 eingesetzt, um die Oberaufsicht in allen kolonialen Angelegenheiten auszuüben, besonders aber auch, um die königlichen Prerogative aufrecht zu erhalten und die Gouverneure in den Kolonien zu stützen. Als das Haus Hannover den englischen Thron bestieg (1714), wurde dieses Handels-Departement als beratender Ausschuss dem Sekretär für die Kolonien unterstellt<sup>2)</sup> und so seine frühere Macht wesentlich gemindert, während diejenige des Kolonialsekretärs eine fast unumschränkte war. Schon im März 1763 legte Townshend dem Unterhause den Teil eines Steuerplanes für die amerikanischen Kolonien vor. Der Friede mit Frankreich und Spanien war jetzt geschlossen; England stand mächtig und geachtet da; jetzt war die Zeit gekommen, wo man den lang gehegten Plan, die Kolonien zu besteuern, verwirklichen zu können glaubte. Indessen wurde Townshends Bill wider Erwarten noch in demselben Monat vorläufig zurückgezogen. Über Pitts Verhalten bei dieser Gelegenheit findet man nur, dass er erklärte, man hätte kein Recht, die Kolonien zu besteuern<sup>3)</sup>.

In demselben Jahre — am 27. August — hatte Pitt beim König eine Audienz, um auf dessen Wunsch die Leitung der Regierung wieder zu übernehmen. Jedoch wollte er solche dem König missliebige Personen ins Cabinet nehmen, dass sich die Verhandlungen zerschlugen. Bald hernach erkrankte Pitt so ernstlich an der Gicht, dass ihm jede politische Thätigkeit unmöglich war.

Im September desselben Jahres berieten die Lords der Schatzkammer, George Grenville, Lord North und ein gewisser Hunter, über einen, dem Parlament vorzulegenden Gesetzentwurf betreffs Ausdehnung der Stempelsteuer auf die Kolonien, weil diese Steuer die sicherste sei und

<sup>1)</sup> Thackeray I, 429.

<sup>2)</sup> Hildreth II, 197.

<sup>3)</sup> Thackeray II, 33 u. 34.

in Amerika, wo Prozesse sehr häufig waren, ganz gewiss ergiebig sein würde. Um den Kolonial-Versammlungen diesen Gedanken nahe zu legen, begnügte Grenville sich vorläufig damit, im folgenden Jahre (1764) im Parlament den Antrag zu stellen, „dass es angemessen sei, gewisse Stempelsteuern in den Kolonien zu erheben, um die für den Schutz und die Sicherheit der Kolonien nötigen Auslagen zu bestreiten“. Handels- und Navigationsgesetze wurden auf Grenvilles Veranlassung den Kolonien gegenüber aufs strengste gehandhabt, so dass die Unzufriedenheit unter den Kolonisten von Tag zu Tag zunahm. Als man nun vollends hörte, dass ein Gesetz vorbereitet werde, um eine Stempelsteuer zu erheben, wurden Petitionen an den König und das Parlament geschickt, in welchen man erklärte, dass dem Mutterlande kein Recht zustehe, eine solche Steuer zu erheben. Obwohl auch die in London ansässigen amerikanischen Agenten, mit denen Grenville über seinen Steuerplan sprach, ihm dringend abrieten<sup>1)</sup> und vorschlugen, man solle, im Falle eine Geldunterstützung nötig sei, an die amerikanischen Provinzial-Versammlungen, wie dies bis jetzt immer geschehen, einen im Namen des Königs vom Staatssekretär geschriebenen Brief mit der Bitte richten, sie möchten so viel in ihren Kräften stände beisteuern, so legte Grenville dennoch dem Parlament ein Stempelsteuergesetz vor, welches angenommen wurde und am 22. März 1765 die königliche Bestätigung erhielt<sup>2)</sup>.

Um diese Zeit erst erholte Pitt sich von seiner langen Krankheit, während welcher das Ministerium jene Bestimmungen erlassen hatte, welche den ganzen Widerstand der Kolonien wachrufen und ihre gänzliche Lostrennung vom Mutterlande zur Folge haben sollten. Trotz dieses Erfolges des Ministeriums, dass es den Steuerplan für die Kolonien fast ohne Widerspruch von Seiten der Parlamentsmitglieder durchführte, besass dasselbe dennoch weder Popularität, noch Ansehen im Parlament, noch auch die Gunst des Hofes<sup>3)</sup>. Der König ermächtigte daher seinen Oheim, den Herzog von Cumberland, Unterhandlungen mit Pitt wegen Bildung eines neuen Ministeriums anzuknüpfen. Am 12. Mai war der königliche Abgesandte bei Pitt in Hayes, einem Landgute nicht weit von London. Die nächste Folge dieser Unterredung war eine Audienz Pitts beim König am 22. Juni. Pitt betonte, dass er eine völlige Umkehr in der Behandlung der Kolonien und besonders in der Steuerfrage verlangen müsse. Jedoch übernahm er die Leitung der Regierung leider nicht, weil es ihm nicht gelang, ein Ministerium zustande zu bringen.

Schon gährte es um diese Zeit gewaltig in Amerika. Es wurde offenbar, dass die Kolonien sich nötigenfalls mit Waffengewalt einer Steuerhebung widersetzen würden. Pitt allein wäre der Mann gewesen, um den Geist des Widerstandes in den Kolonien zu unter-

<sup>1)</sup> Lord Mahon, History of England from 1713—1783. Leipzig 1853. V, 66.

<sup>2)</sup> „Stempelsteuer ist eine Steuer, die auf jedes Pergament oder Papier, worauf Privaturkunden oder andere Dokumente irgend welcher Art geschrieben werden, sowie auch auf Zeitungen und Karten erhoben wird.“ H. S. Stephen, The commentaries on the laws of England. London 1863. II, 592. Die Stempelakte enthielt 55 Artikel und besteuerte 54 Gegenstände. Die niedrigste Gebühr betrug 3 pence, die höchste 6 £. Parton I, 461 und 470. Das Stempelpapier war wahrscheinlich unter Wilhelm III. (1691) aus Holland nach England verpflanzt worden. M. Chr. Sprengel, „Über den jetzigen nordamerikanischen Krieg“. Leipzig 1782. S. 24.

<sup>3)</sup> Bancroft II, 114.



drücken, denn zu ihm hegten dieselben unbedingtes Vertrauen. An Pitts Stelle übernahm Rockingham die Leitung der Regierung.

Im Dezember wurde das Parlament mit einer Thronrede eröffnet, in welcher besonders auf die Unruhen in Amerika hingewiesen wurde. Höchst unweise hatte der König bei einer frühern Gelegenheit (am 10. Januar 1765) „die amerikanische Frage als eine Frage des Gehorsams gegen die Gesetze und der Achtung vor der gesetzgebenden Gewalt des Königreichs“<sup>1)</sup> hingestellt. Jetzt, wo jedes Postschiff neue unheilverkündende Nachrichten aus Amerika brachte, waren die Minister nicht einmal imstande, ihrer Handlungsweise einen festen Plan zugrunde zu legen. Während der Weihnachtsferien des Parlaments, die bis zum 14. Januar dauerten, berieten sie über die Frage, ob es nicht thunlich sei, eine Herabsetzung der Stempelsteuer eintreten zu lassen. Zu einem Resultat kam man indessen nicht<sup>2)</sup>. Als das Parlament wieder zusammentrat, teilte der König demselben mit, dass Befehle zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Autorität in Amerika gegeben worden wären; was nun weiter zu thun sei, überlasse er der Weisheit des Parlaments. Im Laufe der langen Debatte, die sich im Unterhaus an diese Mitteilung knüpfte, trat unerwartet Pitt ein. „Wenn ich nur kriechen oder mich tragen lassen kann“, — so hatte er am 9. Januar an einen gewissen Nuthall geschrieben — „so will ich mein innerstes Herz ausschütten über den Zustand Amerikas“<sup>3)</sup>. Das Ministerium stellte die Behauptung auf, „das Recht der Besteuerung wäre unzertrennlich vom Rechte der Gesetzgebung; die Stempelsteuer dürfe nicht aufgehoben werden, wenn in Zukunft nicht alle gesetzlichen Bestimmungen zweifelhaft und gefahrbringend sein sollten“<sup>4)</sup>. Alle Blicke waren auf Pitt gerichtet, als derselbe sich von seinem Sitze erhob, um gegen die zur Annahme vorgelegte Adresse<sup>5)</sup> das Wort zu ergreifen. So gross war das Ansehen, welches er genoss, dass man seiner Bitte, es möge die Adresse noch einmal verlesen werden, gegen den sonstigen Brauch nachkam.<sup>6)</sup> Erst dann begann er seine Rede<sup>7)</sup>. Als der Entschluss, Amerika zu besteuern gefasst worden sei, so begann er nach einigen einleitenden Worten, habe er leider krank zu Bette gelegen. Wäre er kräftig genug gewesen, so würde er eine mitleidige Hand gebeten haben, ihn auf den Fussboden dieses Hauses, in welchem er stehe, niederzulegen, damit er seine Stimme gegen eine solche Massregel hätte erheben können. Amerika, welches nicht in Westminster vertreten sei, könne weder dem Gesetze, noch auch der Vernunft und Billigkeit nach zum Gehorsam gegen irgend eine englische Geldbill gezwungen werden. Als

<sup>1)</sup> Bancroft II, 184.

<sup>2)</sup> Thackeray II, 60.

<sup>3)</sup> Correspondence of William Pitt, Earl of Chatham. London 1838—39. II, 362.

<sup>4)</sup> Thackeray II, 60.

<sup>5)</sup> „Jedes Haus hat das Recht, Adressen an die Krone zu erlassen. Es ist stehender Gebrauch, die Thronrede durch solche Adresse, die jedes Haus besonders erlässt, zu beantworten. Sie wird in jedem Hause von einem Mitgliede der Regierungspartei zur Annahme empfohlen (moved), von einem andren Mitgliede unterstützt (seconded), im Hause durchdebattiert, sodann von einem Ausschusse bloss mit Rücksicht auf den Stil durchgesehen und dann schliesslich ohne Abstimmung und Debatte angenommen.“ Fischel, S. 376.

<sup>6)</sup> Mahon V, 136.

<sup>7)</sup> Eine etwas eingehendere, in den Hauptpunkten jedoch mit der unsrigen übereinstimmende Wiedergabe dieser Rede findet sich in dem Buche *The beauties of the British senate*. London 1786. II, 306.



englische Unterthanen hätten die Amerikaner Anspruch auf das gemeinsame Recht der Vertretung und könnten nicht genötigt werden, Steuern ohne ihre eigene Zustimmung zu bezahlen. Die Besteuerung bilde keinen Teil der Regierungsgewalt, denn Steuern und Abgaben seien freiwillige Gaben und Bewilligungen der Gemeinen. Bei einer amerikanischen Besteuerung würden die Mitglieder des englischen Parlaments dem König nicht ihr eigenes Besitztum, sondern dasjenige seiner Unterthanen in Amerika geben und bewilligen. Bis jetzt hätten nur die verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften der Kolonien, in denen die Amerikaner vertreten seien, das konstitutionelle Recht besessen, ihr eigenes Geld zu geben. Schon seien die Kolonien durch zahllose Vorschriften in ihrem Handel und Verkehr sehr gebunden, und jetzt wolle man sie durch eine ungesetzliche Steuer des letzten Restes ihrer Freiheit berauben.

Als Pitt geendet, erklärte der Minister Conway, was soeben gesagt worden sei, finde auch seine persönliche Billigung und drücke die Ansicht der meisten, wenn nicht aller Diener des Königs aus. Da erhob sich Grenville. Er wies darauf hin, dass die Tumult- und Aufruhrscenen in Amerika an offene Empörung grenzten. Äussere und innere Steuern seien der Wirkung nach einerlei und nur dem Namen nach verschieden. Dass England die oberste legislative Gewalt über Amerika besitze, könne niemand bestreiten, und die Besteuerung sei ein Recht der souveränen Gewalt. Sie sei stets auch über die ausgeübt worden, die niemals im Parlament vertreten gewesen seien. Sie sei z. B. über Chester und das Bistum Durham ausgeübt worden, ehe diese Gebiete Vertreter in das Parlament gesandt hätten. Die Stempelakte sei nur ein Vorwand, den die Kolonien benutzen wollten, um zur Unabhängigkeit zu gelangen; dieselbe habe bei vollzähligen Häusern die verschiedenen Instanzen durchgemacht, und niemand habe Einwendungen gegen die Rechtsfrage erhoben. Der aufrührerische Geist der Kolonien verdanke seinen Ursprung den Parteiungen in diesem Hause. Schon im voraus habe man — er meinte Pitt, der im März 1763 eine ähnliche Äusserung gethan hatte — verkündet, man solle sich auf Ungehorsam gefasst machen. Was heisse dies anders, als die Amerikaner auffordern, sich gegen das Gesetz aufzulehnen; was heisse dies anders, als ihre Hartnäckigkeit durch die Aussicht auf Unterstützung ermutigen.

Als Grenville geendet, erhob sich Pitt, wurde aber, da niemand in derselben Debatte zweimal das Wort ergreifen durfte, zur Ordnung gerufen. Nur einen Teil seiner Rede wolle er noch ergänzen, sagte er sich entschuldigend, den er vorhin absichtlich übergangen habe, um die Zeit des Hauses zu sparen. Als nun von allen Seiten des Hauses der Ruf erschallte, Pitt möge fortfahren, verwahrte sich derselbe zunächst gegen den Vorwurf, den Aufruhr in Amerika hervorgerufen zu haben. Wenn Grenville sage, Amerika sei hartnäckig, stehe fast in offener Rebellion, so erkläre er, dass er sich freue, dass Amerika solchen Willkürmassregeln gegenüber Widerstand geleistet habe. Denn, wenn seine Millionen von Einwohnern sich fügten, so würde man bald auch Irland besteuern, und drei Millionen freier Bürger, die so abgestorben für jedes Gefühl der Freiheit wären, dass sie sich freiwillig zu Sklaven machen liessen, würden geeignete Werkzeuge sein, um auch alle übrigen, bis jetzt noch freien Bürger zu Sklaven zu machen. Wales sei niemals vom Parlament besteuert worden, bis es dem Reiche einverleibt worden sei. Und was Chester und Durham betreffe, so hätte er diese Namen ebenso gut zur Unterstützung

seiner Ansicht anführen können; denn das damalige Parlament habe in klarer Erkenntnis des Unrechts, das den Einwohnern jener Gebiete von einer despotischen Regierung zugefügt worden sei, für dieselben eine Vertretung im Parlament verlangt und durchgesetzt<sup>1)</sup>. Kein Minister habe bis jetzt eine solche Steuer wie diese Stempelsteuer empfohlen. Es bestehe ein klarer Unterschied zwischen Abgaben, die nur zu Zwecken des englischen Staatseinkommens dienten und Zöllen, die den amerikanischen Kolonien zur Regelung ihres Handels auferlegt würden. Thöricht sei es, jetzt, wo das Haus Bourbon gegen sie verbündet sei, sich unter einander zu entzweien; man möge den Kolonien mit dem Beispiel der Klugheit und Mässigung vorgehen; er verbürge sich für Amerika, dass es diesem Beispiel folgen werde. Die Stempelakte müsse bedingungslos, gänzlich und unverzüglich aufgehoben werden. Gleichzeitig könne ja die souveräne Autorität Englands über die Kolonien in so klaren Worten ausgesprochen werden, als sich nur denken lasse, und könne auf allen und jeden Punkt der Gesetzgebung ausgedehnt werden, damit das Mutterland den selbständigen Handel seiner Kolonien verhindern, ihre Fabrikation beschränken und jede rechtmässige Befugnis ausüben könne, nur nicht die, den Kolonisten ohne ihre Einwilligung das Geld aus der Tasche zu nehmen.

Was den, im Vorstehenden kurz wiedergegebenen Standpunkt Pitts anlangt, so lässt sich demselben Burkes Ansicht ergänzend an die Seite stellen. Burke zeigte in einer Rede, die er am 19. April 1774 über die Thee-Bill hielt<sup>2)</sup>, dass bis zum Jahre 1764 die sonst stets bei einer Einkommen-Bill üblichen Worte „geben und gewähren“ in keiner für Amerika bestimmten Akte standen. Die Stempelsteuer, so sagte er, habe zum ersten Mal jene „technischen Worte“ enthalten, und so erst sei eine amerikanische Einkommen-Akte in aller Form zustande gekommen, ohne eine Einwilligung von Seiten der Kolonien.

Wie Pitt, so betonte auch Franklin<sup>3)</sup>, als er im Februar 1766 im Unterhause in dieser Angelegenheit um seine Ansicht befragt wurde, es bestände ein klarer Unterschied zwischen „äusserer“ und „innerer“ Steuer. Erstere sei ein Zoll, der auf Waren gelegt werde, die niemand zu kaufen brauche, wenn ihm der Preis ein zu hoher sei, denn niemand werde gezwungen, denselben zu zahlen. Eine „innere“ Steuer hingegen werde dem Volk ohne dessen Zustimmung auferlegt. Die Stempelsteuer verbiete ihnen, Handel zu treiben, Eigentum auszutauschen, Schulden zu zahlen oder einzutreiben, sogar zu heiraten oder ein Testament zu machen, wenn nicht eine gewisse Summe bezahlt werde.

Einen solchen Eindruck machte Pitts Rede, dass schon am nächsten Tage Verhandlungen mit ihm angeknüpft wurden, um ihn zur Übernahme der Regierungsgeschäfte zu veranlassen. Jedoch auch diesmal zerschlugen sich die Verhandlungen, weil Rockingham, das Haupt der Whigs, unter nichtigen Vorwänden alle Versuche Pitts, mit ihm ein Ministerium zu bilden, unmöglich machte. So sah Pitt sich genötigt, auch fernerhin seinen Weg allein zu gehen.

Am 27. Januar wurden dem Unterhause die Beschlüsse des amerikanischen Kongresses der neun Kolonien vorgelegt, der im Sommer des vorhergehenden Jahres zu New York zu-

<sup>1)</sup> Mahon V, 140.

<sup>2)</sup> Parl. Hist. XVII, 1234.

<sup>3)</sup> Memoirs of the life and writings of B. Franklin. London 1818. II, 365.



sammen getreten war<sup>1)</sup>. In vierzehn Resolutionen war in Form einer Petition an den König und das Parlament erklärt worden, dass das Mutterland kein Recht habe, die Kolonien ohne ihre Einwilligung zu besteuern.

Obwohl das Ministerium auf Pitts direkte Mitwirkung verzichtete, legte dasselbe doch, in Übereinstimmung mit Pitts Vorschlägen, dem Parlament zwei Bills vor, von denen die eine die Stempelsteuer bedingungslos verwarf, die andere jedoch die Oberhoheit des Parlaments über die Kolonien ausdrücklich betonte. Am 21. Februar ersuchte das Ministerium das Unterhaus, die Bill betreffend Aufhebung der amerikanischen Stempelsteuer einbringen zu dürfen. Die Minister erklärten offen, „dieses Gesetz habe den britischen Handel geschädigt, die Forderungen britischer Kaufleute in Gefahr gebracht und den dritten Teil der Fabriken von Manchester ausser Thätigkeit gesetzt. Es hebe ferner die Geschworenengerichte auf und verleihe den Admiralitätshöfen<sup>2)</sup> eine übertriebene Gewalt. Wenn dieses Gesetz nicht aufgehoben würde, so würden Frankreich und Spanien die Kolonien unterstützen und ein Krieg unvermeidlich sein“<sup>3)</sup>. Von Pitts Rede bei dieser Gelegenheit ist näheres nicht bekannt. Lord Chelmsford sagt in einem Briefe an Henry Flood über dieselbe<sup>4)</sup>: „Pitt stellte es als seine Ansicht hin, dass durch diese ungesetzliche Akte der ursprüngliche Zusammenhang mit den Kolonien thatsächlich vernichtet worden sei.“ Zum Beweise, dass Pitt auch bei dieser Gelegenheit gewaltig zu den Herzen seiner Zuhörer gesprochen hatte, möge noch erwähnt werden, dass Chelmsford den obigen Worten hinzufügt: „Himmel! was für ein Kerl ist dieser Pitt! Ich habe bis jetzt nur seine Büste; von jetzt an kann mir nur seine Bildsäule genügen.“ Pitt selbst schrieb über die mit 275 gegen 167 Stimmen erfolgte Annahme der Aufhebungsbill am 22. Februar an seine Frau<sup>5)</sup>: „Schön war in der That das Bild des heutigen, glorreichen Morgens — denn erst nach ein Uhr wurde abgestimmt —, als die Sonne der Freiheit noch einmal auf ein zu lange unnachtetes Land hernieder leuchtete.“ Auch die zweite (sog. Declaratory) Bill erhielt die Zustimmung des Parlaments. In ihr wurden die Beschlüsse des amerikanischen Kongresses zurückgewiesen und zugleich erklärt, „dass das britische Parlament berechtigt wäre, Gesetze zu erlassen, um die Kolonien in jeder Hinsicht zu binden“. Am 4. März wurden beide Bills in der ursprünglichen Fassung in dritter Lesung angenommen. Am 18. erhielten dieselben die königliche Bestätigung.

Noch während die Minister über die beiden neuen Gesetze beratschlagten, hatte Rockingham Pitt Vorschläge gemacht, um ihn zu veranlassen, in das Ministerium einzutreten. Pitt erklärte, wenn der König selbst ihn auffordere, so wolle er eine Regierung bilden. Jedoch erst im Juli schickte der König durch den Kanzler Northington einen Brief an Pitt, der sich

<sup>1)</sup> Bancroft II, 327. Mahon V, 132.

<sup>2)</sup> Dieser Hof stand unmittelbar unter dem König und war von der Provinz unabhängig; derselbe war durch das Parlament eingesetzt worden, um Übertretungen der Handelsakte in Amerika ohne das Dazwischentreten eines Geschworenengerichts zu bestrafen. Der Gouverneur erhielt ein volles Drittel der Geldstrafen. Bancroft I, 337 u. f.

<sup>3)</sup> Bancroft II, 358.

<sup>4)</sup> Thackeray II, 74.

<sup>5)</sup> Chatham Correspondence II, 390.

damals auf seinem neuen Landsitz Burton Pynsent (Hayes hatte er verkauft), etwa vier Tagesreisen von London entfernt, aufhielt<sup>1)</sup>. Auf den Flügeln des Windes — um mit seinen eigenen Worten zu reden — eilte Pitt, obschon er längere Zeit an seinem alten Leiden krank darnieder gelegen hatte, nach London, wo er ganz erschöpft und ermattet am 11. Juli eintraf. Am folgenden Tage erteilte ihm der König eine Audienz und beauftragte ihn, ein neues Ministerium zu bilden. Pitt wählte für sich den ruhigen Posten des Grosssiegel-Bewahrers. Da mit diesem Amte die Pairswürde verbunden war, so wurde Pitt, wie die amtliche London Gazette am 30. Juli mitteilte, zum Viscount and Earl of Chatham ernannt. Von diesem Augenblick an hörte Pitt auf, der „grosse Commoner“ zu sein; mit seinem Übertritt ins Oberhaus verliess er in den Augen seiner Landsleute die Sache des Volks und büsste damit den grössten Teil seines Ansehens ein.

Zu der Zeit, als Lord Chatham sein neues Amt antrat, stand Choiseul noch an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich. Schon im Jahre 1764 hatte er, um genaue Nachrichten über Amerika zu erlangen, einen Agenten übers Meer geschickt, welcher eben jetzt zurückkehrte und ihm versicherte, dass England eine Revolution voraussehen müsse; es habe die Zeit derselben dadurch näher gerückt, dass es die Kolonien von der Furcht vor Frankreich in Kanada — welches 1763 von Frankreich an England abgetreten worden war — befreit habe<sup>2)</sup>.

Wie Choiseul so dachte auch Chatham an die Möglichkeit eines Krieges. Schon einige Wochen nachdem er sein Amt angetreten, am 8. August, forderte er Andrew Mitchell, den englischen Gesandten in Berlin, auf, mit dem Könige von Preussen wegen eines abzuschliessenden Defensivbündnisses gegen das Haus Bourbon in Unterhandlung zu treten<sup>3)</sup>. Diesem Bunde sollten auch andere Staaten, besonders Dänemark, Schweden und Holland beitreten. Auch Katharina von Russland wurde aufgefordert, an diesem grossen nordischen Bündnis teilzunehmen. Jedoch wusste Choiseul solche Beziehungen zu jeder europäischen Macht zu begründen, dass im Falle eines Krieges Frankreich und Spanien keinen Feind als England gehabt haben würden. Chatham ging die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen, jene seine Lieblingsidee zu verwirklichen, sehr zu Herzen; schwermütig und körperlich leidend verliess er im Dezember London, um in Bath Heilung zu suchen.

Während nun Chatham krank und vollständig unthätig fern von London weilte, suchte Townshend die Leitung der amerikanischen Angelegenheiten, die Chathams Freund Shelburne bis dahin mit Vorsicht und Mässigung handhabte, an sich zu reissen. Von seinem Ehrgeiz liess er sich in der Parlamentssitzung am 26. Januar 1767 zu dem Geständnis hinreissen, er sei noch jetzt ein standhafter Verteidiger der Stempelakte, was das Prinzip und die Abgabe selbst betreffe, und lächerlich erscheine ihm die abgeschmackte Unterscheidung zwischen inneren und äusseren Steuern. Am 18. Februar legte er sodann dem Parlament sein Steuersystem für Amerika dar und bekämpfte noch einmal die Ansichten Chathams. Grenville, Rockingham und

<sup>1)</sup> Mahon V, 163 u. ff.

<sup>2)</sup> Bancroft III, 21.

<sup>3)</sup> Chatham Correspondence III, 31.



Bedford zollten den vorgetragenen Ideen lauten Beifall und schlossen sich enger an einander, um Chatham zu stürzen. Chatham selbst eilte, als ihm dies zu Ohren kam, von Bath nach London, erkrankte aber unterwegs so ernstlich, dass er in Marlborough längere Zeit unfreiwilligen Aufenthalt nehmen musste.

Fast zu derselben Zeit nahm das Parlament eine Zusatzbestimmung zur Aufruhrakte an, wodurch die Kolonisten verpflichtet wurden, den Soldaten Quartiere, Feuerung, Bettzeug, Getränke (Bier oder Apfelwein), Salz, Essig, Seife und Kerzen zu liefern<sup>1)</sup>. New York und Massachusetts weigerten sich, diese neue Bestimmung zu befolgen, da den Kolonien hierdurch eine neue drückende Last auferlegt werde. Auch in andern Kolonien stiess diese Bestimmung auf heftigen Widerstand.

Als das Parlament nach den Pfingstferien wieder zusammen trat, legte Townshend demselben eine Bill vor, welche die Erhebung von Zöllen auf die Ausfuhr von Thee, Farben, Glas, Papier und Blei<sup>2)</sup> nach den Kolonien für ratsam erklärte. Die Bill wurde fast ohne Debatte in beiden Häusern angenommen.

Chatham war im Mai in London eingetroffen, jedoch so leidend, dass ihm jede Beschäftigung unmöglich war. Seine Gemahlin, Lady Hester, empfing und beantwortete für ihn alle Briefe, selbst solche mit politischem Inhalt<sup>3)</sup>; sie gewährte dem ersten Lord des Schatzamtes, Grafton, auf dessen Bitte eine Unterredung, in der über die Zustände in Amerika verhandelt wurde<sup>4)</sup>, und musste ihrem Gemahl wegen dessen andauernder Krankheit sogar anfangs verschweigen, dass das Geheimsiegel auf mehrere Wochen in Kommission gegeben werden sollte<sup>5)</sup>. Im August 1767 schrieb sie an den, von uns schon erwähnten Nuthall, dass sie sich gerichtliche Vollmacht wolle geben lassen, um alle Geschäfte für ihren Gemahl zu besorgen<sup>6)</sup>. Nach diesen Thatsachen zu urteilen liegt also kein Grund zu der Annahme vor, Chatham habe seine Krankheit nur erheuchelt, wie Macaulay es zu glauben scheint.

Im Oktober 1768 erhielt Chatham die schon mehrfach erbetene Entlassung, und erst im Juli 1769 war er soweit wieder genesen, dass er sein Krankenlager verlassen konnte. Bevor wir jedoch seine Thätigkeit weiter verfolgen, müssen wir einen kurzen Rückblick auf diejenigen wichtigeren Vorgänge werfen, die vom Dezember 1767 bis zum Wiedereintritt Chathams in das politische Leben stattfanden, und welche wir noch nicht berührt haben.

Townshend war im Herbst 1767 gestorben und Lord North ihm im Amt als Kanzler gefolgt. Shelburne hatte die Verwaltung der Kolonien abgegeben; Hillsborough bekam den neuen Titel „Staats-Sekretär für Amerika“ und trat an Shelburnes Stelle.

Die im Jahre 1767 eingeführten Einfuhrsteuern riefen in Amerika eine allgemeine Entrüstung hervor. Vereine wurden allerwärts gegründet, um den Handel des Mutterlandes

<sup>1)</sup> Hildreth II, 515.

<sup>2)</sup> Hildreth II, 539.

<sup>3)</sup> Chatham Correspondence III, 279, 281, 284 u. s. w.

<sup>4)</sup> Chatham Correspondence III, 337.

<sup>5)</sup> Chatham Correspondence III, 307.

<sup>6)</sup> Chatham Correspondence III, 282.

dadurch zu schädigen, dass man keine Waren mehr kaufte, die nicht unbedingt nötig waren (die sog. non-importation agreements). In Boston brachen ernste Unruhen aus, und eben dort traten im September 1768 acht Distrikte und 89 Städte zusammen, um gegen die Handlungsweise des Mutterlandes zu protestieren. Als Antwort auf die an den König gerichtete Petition beantragte Bedford im November im englischen Parlament, es möge eine Adresse an den König gerichtet werden mit der Bitte, das Statut aus dem 35. Regierungsjahre Heinrichs VIII. in Kraft treten zu lassen, nach welchem Verbrecher wegen in Amerika begangener Gesetzesübertretungen in England gerichtet werden konnten. Demgemäss sollten die Aufständischen von Boston nach England gebracht und dort vor einer besonderen Kommission abgeurteilt werden<sup>1)</sup>. Bedfords Antrag wurde von beiden Häusern angenommen. Es war dies ein neues Parlament, welches im Mai zusammengetreten war. Eine, aller Moral spottende Bestechung, wie sie nie zuvor in solchem Masse stattgefunden, hatte den meisten Mitgliedern ihre Sitze verschafft. Jener Beschluss des neuen Parlaments, der auf Bedfords Antrag hin gefasst wurde, diente nur dazu, die Gemüter der Kolonisten noch mehr zu erregen und gegen ihr Mutterland aufzureizen.

Über irgend eine parlamentarische Thätigkeit Chathams im Verlauf des Jahres 1769 findet sich keine Nachricht. Aus einem Briefe, den er im November an einen gewissen Calcraft schrieb<sup>2)</sup>, geht nur hervor, dass er es übel vermerkte, dass das Ministerium über Amerika Beratungen pflog, ohne ihn „um Rat zu fragen, was wohl zu thun sei“.

Am 9. Januar 1770 wurde das Parlament mit einer Thronrede eröffnet, in welcher der König mitteilte, er habe sich bemüht, seine Unterthanen in Amerika zur Pflicht zurückzuführen, jedoch habe der Erfolg seiner Bemühungen den Erwartungen nicht entsprochen. Gegen die übliche Adresse an den König, in der von den unverantwortlichen Verbindungen der Kolonisten die Rede war, welche dieselben mit einander eingegangen waren, um die Ausfuhr von England aus möglichst zu beschränken, erhob sich im Oberhaus Lord Chatham, dessen Stimme man seit drei Jahren nicht vernommen hatte. Mit beredten Worten warnte er seine Zuhörer vor übereiltem Handeln<sup>3)</sup>; die Unzufriedenheit von zwei Millionen Menschen müsse in ihren Ursachen erkannt werden, ehe man von unverantwortlichen Verbindungen reden könne. Wenn dieselben auch gefahrdrohend seien, so könne man sie doch nicht ungesetzlich nennen. Man möge die Kolonien mit Milde behandeln und ihre Freiheiten unangetastet lassen. Er traue den feinen Definitionen der Gelehrsamkeit nicht recht, die eine Besteuerung der Kolonien rechtfertige; die Vorsehung habe für unser Wohl besser gesorgt und uns in der Einfalt des gesunden Menschenverstandes eine Richtschnur gegeben, die uns niemals irre leite. Er habe in seinem Leben unabänderlich ein Prinzip vor Augen gehabt, nämlich in jeder Frage, die seine Freiheit und sein Eigentum betreffe, nur dem gesunden Menschenverstande zu folgen.

<sup>1)</sup> Mahon V, 250. Bancroft III, 177.

<sup>2)</sup> Chatham Correspondence III, 365.

<sup>3)</sup> Thackeray II, 127. Bancroft III, 243.



Am 2. März stellte Chatham den Antrag, S. Majestät möge gebeten werden, die königliche Flotte in einen solchen Zustand setzen zu lassen, dass die Ehre und Sicherheit des Königreichs und der Kolonien auf wirksame Weise geschützt werden könnten. Chatham fürchtete eine Einmischung Frankreichs und Spaniens in die amerikanische Angelegenheit, sobald sich jenen Ländern eine gute Gelegenheit dazu bieten würde. Und dass er die Sachlage klarer erkannte als vielleicht irgend einer seiner Zeitgenossen, dass England wirklich allen Grund hatte, schon damals eine solche Einmischung zu fürchten, geht aus dem Briefwechsel Choiseuls und Du Châtelets deutlich genug hervor. Schon im Jahre 1767 schrieb der letztere, welcher französischer Gesandter in London war, an Choiseul, dass Frankreich weder Mühe noch Kosten scheuen dürfe, um die nahende Revolution in Amerika zu beschleunigen. Auch solle man die Geneigtheit Spaniens, für die erlittenen Unbilden Rache zu nehmen, nicht erkalten lassen<sup>1)</sup>. Im Jahre 1768 schrieb Choiseul an Du Châtelet: „Meine Idee, die vielleicht bloss ein Traum ist, besteht darin, die Möglichkeit eines Handelsvertrages mit Amerika, sowohl hinsichtlich der Einfuhr als der Ausfuhr, zu untersuchen, von dessen in die Augen springenden Vorteilen die Amerikaner sich angezogen fühlen dürften“<sup>2)</sup>. Chathams Antrag wurde abgelehnt. An die Möglichkeit eines bewaffneten Widerstandes der Kolonien dachte Chatham nicht, denn nicht gegen diese, sondern zu ihrem Schutz sollte die verstärkte Flotte verwandt werden. „Doch wenn sie sich von den Gesetzen des Handels und der Schifffahrt lossagen sollten — so rief er aus — dann haben sie keinen entschlosseneren Gegner, als sie ihn an mir finden werden“<sup>3)</sup>. Diese Worte zeigen, dass Chatham nicht daran dachte, die Kolonisten in ihrem Bestreben zu unterstützen, sich der Handelsbestimmungen zu entledigen, um sich dadurch ihre Sympathien zu erwerben, dass er sie vielmehr nur vor dem ihnen zugefügten Unrecht beschützen wollte.

Im April schickte Calcraft an Chatham einen Brief mit einer Einlage, aus der er ersehen konnte, dass die Kolonien auch vor bewaffnetem Widerstande nicht zurückschrecken würden, denn es hiess darin<sup>4)</sup>, ein Expressschiff habe eben die Nachricht aus Amerika gebracht, dass in Boston in der Nacht vom 5. auf den 6. März ein allgemeiner Aufstand ausgebrochen sei, dass eine Deputation von Bürgern den Gouverneur aufgefordert habe, die Truppen aus der Stadt zu entfernen, und dass der Gouverneur gezwungen worden sei, diesen Forderungen nachzugeben.

An demselben Tage, an welchem in Boston jene Unruhen stattfanden, nahm das englische Parlament einen Antrag des Ministeriums an<sup>5)</sup>, nach welchem die von Townshend eingeführten Zölle wieder aufgehoben werden sollten. Nur der Theezoll sollte aufrecht erhalten bleiben „als ein Kennzeichen der Obergewalt des Parlaments und seines Rechts, die Kolonien zu regieren“.

<sup>1)</sup> Bancroft III, 108.

<sup>2)</sup> Bancroft III, 130.

<sup>3)</sup> Mahon V, 384.

<sup>4)</sup> Chatham Correspondence III, 443.

<sup>5)</sup> Bancroft III, 262.

Chathams Anhänger wollten auch diese Steuer aufgehoben wissen; sie drangen indessen mit ihrem Antrag nicht durch, besonders weil Grenville sich dagegen erklärte.

Am 14. Mai stellte Chatham mit dem Hinweis auf die Unzufriedenheit der Einwohner von England, Irland und Amerika, den Antrag, S. Majestät möge gebeten werden, das gegenwärtige Parlament aufzulösen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Bis zum Jahre 1774 war Chatham wieder so leidend, dass ihm jede Anstrengung unmöglich war; nur einige Briefe, und zwar aus dem Jahre 1773, sind von ihm erhalten, und auch von diesen hat nur einer für uns ein gewisses Interesse. Shelburne hatte Chatham die mit einer Vorrede Franklins in England neu gedruckten „Beschlüsse und Verhandlungen der in Stadtrat-Sitzung versammelten Freisassen und anderer Einwohner von Boston“ übersandt. Welches der Inhalt jener Schrift war, geht aus Chathams Antwortschreiben an Shelburne (vom 24. Oktober) hervor<sup>1)</sup>: „Ich hoffe, die Regierung wird Weisheit und Menschlichkeit genug besitzen, um die glückliche Alternative zu wählen, und Amerika lieber eine verfassungsmässige Vertretung einräumen, als einen ungerichten und gewagten Krieg unternehmen.“

Da die Kolonien nach den im März 1770 vom Parlament gefassten Beschlüssen für jedes Pfund Thee drei Pence bezahlen sollten, so beschlossen sie, sich des Verbrauchs auch dieses Artikels möglichst zu enthalten. Jedoch wurde bald von Holland aus soviel Thee eingeschmuggelt, dass sie keinen Mangel zu leiden brauchten. Am 31. Dezember 1773 warfen einige vierzig, als Indianer verkleidete Einwohner von Boston drei englische Schiffsladungen voll Thee ins Meer. Von diesem Augenblick an waren alle Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Kolonien vergessen und es herrschte zwischen allen die vollkommenste Eintracht; das feierliche Versprechen wurde gegeben, dass man die Einwohner von Boston nicht verlassen wolle.

In demselben Jahre (1773) trug noch ein anderer Umstand dazu bei, die Erregung der Kolonien gegen das Mutterland bedeutend zu vermehren. Franklin, der seit 1770 wieder amerikanischer Agent in London war, gelangte — auf welche Weise, ist nie genau ermittelt worden — in den Besitz von Privatbriefen, welche der Gouverneur Hutchinson und der Gouverneur-Lieutenant Oliver an Freunde in England geschrieben hatten, und in denen sie Zwangsmassregeln mit Hilfe vermehrter Truppen als das beste Mittel empfahlen, um die widerspenstigen Kolonien zum Gehorsam zu zwingen. Diese Briefe schickte Franklin nach Amerika, wo sie im Juni in der Provinzial-Versammlung von Massachusetts, die gerade in Boston tagte, verlesen wurden. Die Versammlung erklärte einstimmig, dass die Tendenz dieser Briefe dahin ziele, willkürliche Gewalt in die Provinz einzuführen, und beschloss zugleich, eine Petition an den König zu senden mit der Bitte, Hutchinson und Oliver ihrer Ämter zu entsetzen. Diese Petition wurde dem Geheimrat des Königs zur Prüfung übergeben. Nach einem eingehenden Verhör Franklins, der seit vielen Jahren Stellvertreter des englischen Oberpostmeisters in Amerika war, gab der Geheimrat sein Urteil dahin ab, die Petition sei „grundlos, anstössig und empörend“. Zugleich wurde Franklin seines Amtes als amerikanischer Oberpostmeister entsetzt.

<sup>1)</sup> Chatham Correspondence IV, 299.



Als die Kunde von der Vernichtung der drei Schiffsladungen Thee zu Boston in England anlangte, war die Erbitterung eine so allgemeine, dass das Parlament unter dem Beifall fast des ganzen Volkes am 28. März (1774) die sog. Boston-Hafenbill annahm, nach welcher „das Ein- und Ausladen von Waren und Gütern in Boston oder dem dortigen Hafen in Zukunft nicht mehr stattfinden sollte“; zugleich sollte das ganze Zollamt nach der Stadt Salem verlegt werden<sup>1)</sup>. Diese Bill erhielt schon drei Tage später die königliche Bestätigung. Mit Recht schrieb Chatham, welchem Shelburne den Wortlaut jener Bill vor ihrer Annahme durch das Parlament mitgeteilt hatte, am 20. März an Shelburne, die Einwohner von Boston müssten jedenfalls Entschädigung zahlen, und man solle solche in feierlicher Weise verlangen; bevor aber die Stadt und der Magistrat sich weigerten, dieselbe zu gewähren, könne eine solche Bill wie die ihm in Abschrift übersandte, nicht gerecht genannt werden<sup>2)</sup>.

Als die Bill die königliche Bestätigung erhalten hatte, schickte das Ministerium den General Gage mit vier Regimentern und vier Kriegsschiffen nach Boston. Zugleich wurden jenem Befehlshaber die ausgedehntesten Vollmachten erteilt. Gage verlegte die Provinzial-Versammlung von Boston nach Salem; jedoch löste dieselbe sich auf und setzte einen allgemeinen Delegiertentag fest, welcher im Juli als erster Kongress zu Philadelphia zusammentrat<sup>3)</sup>.

Im englischen Parlament fuhr man mit Gewaltmassregeln gegen die Kolonien fort. Kaum war die Boston-Hafenbill rechtskräftig geworden, als eine neue Bill eingebracht wurde, nach welcher der Freibrief von Massachusetts aufgehoben werden und in Zukunft der Krone allein das Recht zustehen sollte, Beamte daselbst zu ernennen. Bald darauf erschien eine neue Bill, kraft welcher alle Personen, die im Verdacht standen, einen Mord begangen zu haben, zur Aburteilung nach anderen Kolonien oder nach England geschickt werden könnten; sodann eine andere, nach welcher die Kolonisten mit Einquartierung belegt werden sollten; endlich die sog. Quebec-Bill, welche die Grenzen von Kanada feststellte und innere Angelegenheiten jenes Landes ordnete; u. a. wurden durch diese Bill die alten Gesetze, nach denen Verbrecher ohne Geschworenen-Gerichte bestraft wurden, wieder hergestellt; eine von der Krone zu ernennende Versammlung sollte für das ganze Land eingesetzt und die Habeas-Corpus-Akte ausser Kraft gesetzt werden.

Am 25. Mai sollte die dritte Lesung der Einquartierungs-Bill stattfinden. Da Chatham jedoch darum bat, so wurde die Lesung, und zwar zum zweiten Mal, um zwei Tage aufgeschoben. An dem festgesetzten Tage erschien Chatham nach einem Zeitraum von drei Jahren zum ersten Mal wieder im Parlament. Ungeachtet seiner Absicht, den vorliegenden Antrag zu bekämpfen — so begann er<sup>4)</sup> — wolle er doch gleich erklären, dass er die Unruhen in Amerika, besonders in Boston, ganz und gar missbillige. Jedoch seien die Massregeln, die man zur Bestrafung der Schuldigen ergriffen, unklug und ungerecht, da man durch die Schliessung des Hafens von Boston

<sup>1)</sup> Thackeray II, 259.

<sup>2)</sup> Chatham Correspondence IV, 337.

<sup>3)</sup> Mahon V, 424 u. ff.

<sup>4)</sup> Nach Thackeray II, 263. Mahon erwähnt diese Rede nicht.

auch die Unschuldigen mit bestrafe. Die Theesteuer habe in den Kolonien die alten Leidenschaften wach gerufen, die man durch die Aufhebung der Stempelsteuer besänftigt habe. England — und diese Ansicht werde er mit ins Grab nehmen — habe kein Recht, Amerika zu besteuern; es widerspreche allen Prinzipien der Gerechtigkeit und der Politik. Noch einmal möge man statt der in der Bill vorgeschlagenen Gewaltmassregeln Milde obwalten lassen, dann würden die Kolonien — das wage er zu behaupten — sich als würdige Kinder ihres Mutterlandes erweisen. In einem Briefe an seine Frau, welche ihm mitteilte, der Sheriff Sayre von London (bei dem sie zu Besuch war) sei so erfreut über seine Rede gewesen, dass er ausgerufen habe<sup>1)</sup>: „Hätten die beiden Länder seine Rede hören können, so würden sie einander umarmt haben“, schrieb Chatham am 4. Juni: „Grade der Punkt, auf den ich abzielte, ist getroffen; nämlich einzutreten für England und für Amerika; und, nach des Sheriffs Bericht zu urteilen, darf ich wohl erwarten, dass man meine Worte nicht missdeutet.“

Als am 16. Juni die Quebec-Bill dem Hause zur Beratung vorlag, bedauerte Chatham, dass man dem Gouverneur und der Versammlung eine so grosse Gewalt eingeräumt habe, die despotisch und tyrannisch genannt werden müsse. Die ganze Bill schein ihm diejenigen Freiheiten zu vernichten, welche die Grundlage jeder Verfassung bilden müssten.

Im Juli trat, wie schon oben erwähnt, der erste Kongress zu Philadelphia zusammen. Petitionen an den König und das englische Volk wurden vereinbart, in welchen es u. a. hiess: „Man versetze uns wieder in die Lage, in der wir am Ende des letzten Krieges waren, und unsere frühere Eintracht wird wieder hergestellt sein.“ Auch Chatham erhielt im Dezember Kenntnis von den Beschlüssen jenes Kongresses. Am 24. Dezember schrieb er an Sayre<sup>2)</sup>: „Den zu Philadelphia gedruckten und veröffentlichten Auszug aus den Beschlüssen des Kongresses habe ich bekommen. Ich finde keine Worte, meine Befriedigung darüber auszudrücken, dass der Kongress diese schwierige und delikate Angelegenheit mit solcher männlichen Weisheit und ruhigen Entschlossenheit behandelt hat. . . . Jedem vorurteilsfreien Manne muss es, glaube ich, einleuchten, dass . . . Amerika uns das gerechteste, billigste Anerbieten macht, um Eintracht und freundschaftlichen Verkehr wie früher wieder herzustellen. Ich hege das Vertrauen, dass die Gesinnung unserer Landsleute über diesen so wenig verstandenen Gegenstand sich sehr ändern wird, und dass dann freie Männer in England nicht mehr wünschen werden, drei Millionen Engländer in Amerika zu Sklaven gemacht zu sehen.“

Aus den Memoiren Franklins<sup>3)</sup> geht hervor, dass er es war, welcher Chatham die Beschlüsse und Petitionen des Kongresses zuschickte. Im Monat August war er zum ersten Male in nähere Beziehungen zu Chatham getreten.

Während des Winters von 1774 auf 75 fand in Amerika eine allgemeine Bewaffnung statt. Zwischen den Engländern in Boston und den bewaffneten Milizen in Massachusetts bereitete sich ein förmlicher Kriegszustand vor. Chatham riet auch jetzt noch zur Milde,

<sup>1)</sup> Chatham Correspondence IV, 349.

<sup>2)</sup> Chatham Correspondence IV, 368.

<sup>3)</sup> Memoirs I, 435.



weil er der festen Zuversicht war, dass allein durch Nachgiebigkeit das alte gute Einvernehmen zwischen England und den Kolonien wieder hergestellt werden könne.

Als Chatham am 20. Januar Franklin auf dessen Bitte ins Oberhaus einführte, richteten sich alle Augen auf die beiden, „denn es war — wie Franklin sagt — nicht bekannt geworden, dass irgend ein Verkehr zwischen uns stattfand“. Nachdem der Staatssekretär dem Hause die offiziellen Papiere vorgelegt hatte, erhob sich Lord Chatham. Er könne gleich — so begann er —, da das Haus die Papiere vor sich habe, seinen Antrag stellen, der dahin gehe, S. Majestät zu bitten, es möchten dem General Gage sofort Befehle erteilt werden, die königlichen Truppen aus der Stadt Boston zu entfernen, sobald die Witterung und andere Umstände, die für das sichere Unterbringen der Truppen nötig wären, dies erlaubten. Der Antrag wurde von Shelburne, Camden und Rockingham unterstützt. In dringenden Worten bat Chatham seine Zuhörer<sup>1)</sup>, sie möchten diesen Schritt der Versöhnung thun, bevor es zu spät wäre. Man möchte nicht 30 000 Einwohner, schuldige und unschuldige, an den Bettelstab bringen, sondern Nachsicht und Gerechtigkeit walten lassen. Der Geist des Widerstandes in den Kolonien sei der Geist ihrer Whig-Gesinnung, die man nicht unterdrücken könne; alle Whigs seien in dieser Sache zu einem mächtigen Bunde geeinigt, dem keine Macht der Erde widerstehen könne. Daher möge man Liebe und Dankbarkeit durch Milde zu erreichen suchen, zumal Frankreich und Spanien nur auf eine Gelegenheit warteten, um sich an dem ausbrechenden Kampfe zu beteiligen. Die harten Massregeln, die man ergriffen habe, solle man sofort und bedingungslos wieder aufheben.

Chathams Antrag wurde mit 68 gegen 18 Stimmen verworfen.

Da einige Lords Chatham während der Debatte den Vorwurf gemacht hatten, es sei leicht, Massregeln zu tadeln, ohne etwas besseres vorzuschlagen, so beschloss Chatham, einen Plan auszuarbeiten, nach welchem man Ruhe und Frieden in den Kolonien wieder herstellen solle. Am 27. Februar begab sich Franklin auf Chathams Bitten nach Hayes, das Chatham wieder angekauft hatte, um mit ihm jene Angelegenheit zu beraten. Zwei Tage später brachte Chatham persönlich eine Abschrift seines ausgearbeiteten Planes nach London zu Franklin, der dann am 31. Januar mit seinen Noten und Bemerkungen, die er dazu gemacht hatte, wieder nach Hayes fuhr, wo er mit Chatham eine vierstündige Beratung hatte<sup>2)</sup>. Noch an demselben Tage schickte Chatham an Shelburne, Richmond, Temple und Stanhope<sup>3)</sup> die schriftliche Mitteilung, dass er am nächsten Tage seinen Plan vorlegen wolle; er bat sie zugleich um möglichste Verbreitung seines Vorhabens. Temple antwortete ihm am folgenden Tage, bevor er ins Parlament ging, um Chathams Rede zu hören: „Ich bedaure, dass ich genötigt sein werde, andere Ansichten zu vertreten als diejenige Person, mit der übereinzustimmen ich so innigst wünsche, und die nach meinem Dafürhalten allein noch imstande gewesen wäre, eine Versöhnung zwischen beiden Ländern herzustellen.“ Rockingham, der später erklärte, er könnte

<sup>1)</sup> Thackeray II, 281 u. ff.

<sup>2)</sup> Memoirs I, 495 u. ff.

<sup>3)</sup> Chatham Correspondence IV, 387 u. ff.

Chatham nicht mehr folgen, war jetzt noch mit ihm vollständig einverstanden, wie aus einem seiner Briefe (vom 12. Februar) an Chatham hervorgeht. So lässt es sich auch erklären, dass Chathams Antrag noch eine Stimmenzahl von 32 gegen 61 erreichen konnte. Bevor Chatham am Abend des 1. Februar die Grundzüge zu der vorzuschlagenden Bill im Oberhaus vorlas, erklärte er, dass ihn keine Sucht nach Popularität, wie ihm bisweilen vorgeworfen wurde, sondern einzig und allein der Wunsch geleitet habe, die Rolle eines Vermittlers zu übernehmen. Sollte er jedoch die Gewissheit erlangen, dass die Kolonien auch nur im entferntesten den Gedanken hegten, die gesetzgebende Oberhoheit des Mutterlandes abzuschütteln, dann werde er selbst geeignete Massregeln vorschlagen, dass jene Gewalt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und durchgeführt werden könne. Sodann las er seine „Vorläufige Akte, um die Unruhen in Amerika zu beseitigen und die gesetzgebende Oberhoheit Grossbritanniens über die Kolonien zu sichern“, den versammelten Lords vor<sup>1)</sup>. Zuerst wurde in dieser Bill die Unterordnung der Kolonien unter die Krone und das Parlament von England auf das bestimmteste hervorgehoben. Sodann wurde darin die Beseitigung einer Hauptbeschwerde der Kolonien empfohlen, indem es weiter hiess, dass, wenn auch ein gesetzmässig unterhaltenes Heer nach jedem Teile des Reiches geschickt werden könne, dennoch, um jede unbegründete Besorgnis der Kolonien zu verscheuchen, erklärt werden solle, keine Truppenmacht werde die Rechte und Freiheiten der Kolonien antasten. Keine Abgabe oder Steuer solle ohne die Zustimmung der Provinzial-Versammlung erhoben werden können. Die von den Kolonien auf den 9. Mai nach Philadelphia berufene Delegierten-Versammlung aller Provinzen solle für eine gesetzmässige erklärt werden, damit die Delegierten die Oberhoheit des Mutterlandes anerkennen und, wie früher, die Leistung freiwilliger Beiträge an England beschliessen könnten. Die Admiraltäts-höfe sollten in ihren Befugnissen beschränkt und Geschworenen-Gerichte wieder eingesetzt werden. Ein Unterthan in Amerika solle nur in seiner eigenen Provinz wegen eines Vergehens verurteilt werden können. Alle von Townshend und die nach dessen Tod erlassenen Gesetze — welche die Bill namentlich anführt — sollten aufgehoben werden.

Als Chatham diese seine Bill verlesen und dem Hause ihre Annahme noch einmal dringend empfohlen hatte, erhob sich Lord Sandwich und drückte sein Befremden darüber aus, dass ein Engländer solche Vorschläge machen könne; es scheine ihm, so sagte er, als ob ein Amerikaner — bei diesen Worten blickte er auf Franklin — dieselben verfasst habe. Chatham räumte ein, sich der Hilfe jenes, mit den amerikanischen Angelegenheiten so vertrauten Mannes bedient zu haben; er glaube nicht, sich dessen schämen zu müssen. Bei der Abstimmung wurde dann, wie schon erwähnt, Chathams Antrag mit 61 gegen 32 Stimmen verworfen.

Lord Mahon sucht die Frage zu beantworten<sup>2)</sup>, ob wohl die Annahme dieser Bill einen Erfolg gehabt haben würde. „Ich antworte ohne Zaudern“, sagt er, „dass dann auf lange Zeit hin der Bruch zwischen beiden Ländern vermieden und die Vereinigung der Kolonien mit dem Mutterlande befestigt worden wäre.“ Wir können uns dieser Ansicht nur anschliessen. Denn

<sup>1)</sup> Thackeray II, 290 u. ff.

<sup>2)</sup> Mahon VI, 30 u. ff.



alle berechtigten Wünsche der Amerikaner wären, wenn man Chathams Rat befolgt hätte, erfüllt worden, und ohne Zweifel wären bald Ruhe und Friede in die aufgeregten Gemüter zurückgekehrt.

Bald darauf erkrankte Chatham von neuem; länger als zwei Jahre lebte er wieder in stiller Zurückgezogenheit auf dem Lande, während die Dinge in Amerika der Entscheidung entgegen reiften.

Chathams Bill schien anfangs die Minister von der Notwendigkeit eines milderen Auftretens den Kolonien gegenüber überzeugt zu haben, denn Lord North schlug schon am 20. Februar im Parlament eine versöhnliche Massregel vor, dahin gehend, dass man von jeder Steuererhebung in Amerika absehen wolle, falls die betreffenden Kolonial-Versammlungen beschlössen, für die gemeinsame Verteidigung und Verwaltung eine bestimmte Summe beizusteuern. Als Chatham von jenem Antrage Norths hörte, schrieb er<sup>1)</sup>: „Ich bin überzeugt, dass nur durch Gerechtigkeit und Vernunft bei solchen Männern etwas zu erreichen sein wird, wie die Amerikaner es sind, mit den Prinzipien des Rechts im Herzen und mit den Waffen in den Händen, um jene Prinzipien zu verteidigen. . . . Den Metzgern im Ministerium werden sie wohl bald Furcht, wenn nicht Menschlichkeit einflössen.“ Norths Vorschlag wurde mit 274 gegen 88 Stimmen angenommen; indessen zeigte schon bald eine andere Massregel, die man ergriff, dass man weit davon entfernt war, auf die Dauer eine versöhnliche Gesinnung den Kolonien gegenüber zu bewahren, denn kurz nach einander wurden zwei Anträge angenommen, nach welchen einer Anzahl von Kolonien die Erlaubnis, an den Küsten von Neufundland zu fischen, entzogen und ihnen ferner verboten wurde, mit irgend einem andern Lande als Grossbritannien und Westindien Handel zu treiben. Diese neuen Bedrückungen verfehlten ihre Wirkung in den Kolonien nicht. Am 19. April floss bei Lexington das erste Blut, am 16. Juni fielen 1100 Engländer im Kampfe bei Bunkershill. Im Mai trat der zweite Kongress zu Philadelphia zusammen. Proklamationen an die Truppen und an alle Körperschaften wurden erlassen, in denen die Gründe angegeben waren, weshalb die Kolonien die Waffen ergriffen. Die an den König gerichtete Petition brachte Penn nach England. Er erfuhr schon drei Tage nach ihrer Ablieferung von Lord Dartmouth, dass man keine Antwort darauf geben würde.

Von Chatham liegt aus dem Jahre 1776 nur die Mitteilung vor<sup>2)</sup>, dass er nach wie vor Massregeln zur Versöhnung vorschlug, wie er sie in seiner „Vorläufigen Akte“ angeraten hatte. Doch seine Ratschläge blieben unbeachtet.

Am 4. Juli desselben Jahres erfolgte die lange vorhergesehene Unabhängigkeits-Erklärung der Kolonien. Frankreich unterstützte dieselben auf alle mögliche Weise mit Geld und Kriegsmaterial gegen England. Im September wurden Lee, Silas Deane und Franklin nach Paris gesandt, um wo möglich ein Bündnis zwischen Amerika und Frankreich zustande zu bringen. Im Dezember besiegte Washington bei Trenton die zum grössten Teil aus Hessen bestehende Vorhut des englischen Generals Howe. Vor den Weihnachtsferien beschloss das englische Par-

<sup>1)</sup> Chatham Correspondence IV, 402.

<sup>2)</sup> Chatham Correspondence IV, 423.

lament, dass aller Handel und Verkehr mit den aufständischen Kolonien verboten sein solle, so lange ihre Empörung dauere<sup>1)</sup>.

Im Mai 1777 war Chatham soweit wieder hergestellt, dass er in Flanell gehüllt und auf Krücken ins Parlament „kriechen“ konnte. Am 26. schickte seine Gemahlin an Rockingham, Camden<sup>2)</sup> und wohl auch an andere Freunde Chathams die Abschrift des Antrages, den ihr Gemahl dem Parlament vorzulegen beabsichtigte. Es war am 30. Mai, als Chatham zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren wieder im Oberhaus erschien. Sein Urteil über Amerika, so begann er, sei auf eine vierzigjährige Kenntnis der amerikanischen Angelegenheiten gegründet. Selbst wenn, was ihm unmöglich erscheine, England die Kolonien besiegen sollte, dann würde man doch unvertilgbaren Hass in den Herzen der Amerikaner erregen. Daher möge man, bevor Frankreich mit Amerika ein Bündnis schliesse, noch einmal den Weg der Milde betreten und seinen Antrag annehmen, der dahin gehe, S. Majestät zu bitten, den verhängnisvollen Streitigkeiten dadurch ein Ende zu machen, dass alle den Kolonien nach einander zugefügten Ungechtigkeiten sofort aufgehoben und beseitigt würden.

Chathams Antrag wurde mit 76 gegen 26 Stimmen abgelehnt<sup>3)</sup>.

Im Sommer war Chatham wieder mehrere Monate bedenklich krank. Ein Schlaganfall<sup>4)</sup> beraubte ihn längere Zeit des Bewusstseins. Erst im Winter genas er wieder. Ausser einigen Zeilen an seinen ältesten Sohn ist aus diesem Jahre nur ein Brief von ihm erhalten, und zwar an seinen Arzt, dem er für seine grosse Mühe und Sorgfalt dankt, die dieser ihm während seiner letzten Krankheit hatte zuteil werden lassen<sup>5)</sup>. Auf die politische Lage des Landes übergehend, sagt Chatham dann in demselben Brief: „Könnte ich das glückliche Werkzeug sein, die Wunden eines bedrängten Landes zu heilen, das am Rande eines verhängnisvollen Abgrundes steht, dann würde ich nicht umsonst gelebt haben; aber, ach! ich sehe keinen Weg der Rettung — fuit Ilium et ingens gloria.“

Am 20. November wurde das neue Parlament vom König mit einer Thronrede über Amerika und die Rüstungen in Frankreich und Spanien eröffnet. Zwei Tage vorher hatte Chatham Grafton seine Absicht mitgeteilt, er wolle am Tage der Eröffnung einen Antrag stellen, den er seinem Briefe<sup>6)</sup> beifüge. „Ew. Gnaden werden bemerken“, heisst es am Schluss des Briefes, „dass dieser Antrag einfach ist und jede Verwicklung vermeidet“. Als dann am Eröffnungstage des Parlaments der Sitte gemäss die Adresse an den König beantragt wurde, erhob sich Chatham und drückte sein Bedauern darüber aus, dass er der Adresse nicht zustimmen könne, welche die ungeheuerlichen Massregeln billige und feierlich gut zu heissen scheine, die England Unglück und Schande, ja, nahendes Verderben gebracht hätten. Frankreich habe England beleidigt, denn es habe die Kolonien in ihrem Widerstande ermutigt und unterstützt;

<sup>1)</sup> Mahon VI, 75.

<sup>2)</sup> Chatham Correspondence IV, 432 u. ff.

<sup>3)</sup> Thackeray II, 311 u. ff.

<sup>4)</sup> Mahon VI, 156.

<sup>5)</sup> Chatham Correspondence IV, 443.

<sup>6)</sup> Mahon VI, 382.



man solle sofort die Entlassung der drei amerikanischen Bevollmächtigten aus Paris verlangen. Den Kolonien gegenüber möge man milde und nachsichtig sein, da man Amerika nicht mit Waffengewalt erobern könne. Ausser den Leiden des Krieges und vielleicht dem gänzlichen Verlust des Nordheeres<sup>1)</sup> würde man sich den Hass der Kolonien zuziehen. Augenblicklich herrsche eine grosse Missstimmung zwischen Amerika und Frankreich, weil sich einige Erwartungen der Kolonien nicht erfüllt hätten; diesen Umstand solle man benutzen und den Amerikanern diejenigen Rechte einräumen, die ihnen gebührten, zugleich aber die verfassungsmässige Abhängigkeit der Kolonien aufrecht erhalten. Er bedaure die unüberlegten, grausamen Massregeln, die man ergriffen habe. Es sei unwar, dass die fremden Mächte friedliche Gesinnungen hegten, wie von ministerieller Seite behauptet werde. Von der Meerenge von Gibraltar bis hinauf nach Dünkirchen werde gerüstet; England hingegen habe kaum zwanzig kriegstüchtige Schiffe in seinen Häfen und nur 8000 Mann felddienstgeübter Truppen, die es einem feindlichen Heere entgegen stellen könne. Mit einer Freimütigkeit, die er für seine Pflicht halte, habe er seine Ansichten über die Lage des Landes ausgesprochen. Wolle man sich nicht neues, unabsehbares Unglück zuziehen, so möge man seinen Verbesserungsvorschlag zur Adresse annehmen, der dahin gehe, S. Majestät zu bitten, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und Friedensverhandlungen anzuknüpfen, um Amerika Freiheit und Friede, England Stärke und Wohlfahrt wiederzugeben. Dies liege noch in ihrer Macht; man möge diese gute Gelegenheit, vielleicht die letzte, nicht unbenutzt vorübergehen lassen<sup>2)</sup>.

Chathams Amendement wurde darauf mit 97 gegen 28 Stimmen verworfen. Im Unterhaus hatte Chathams Gesinnungsgenosse Granby ein wörtlich übereinstimmendes Amendement vorgeschlagen; doch auch hier wurde dasselbe mit 243 gegen 86 Stimmen abgelehnt.

Was die Rede anlangt, mit welcher Chatham seinen Antrag begründete, so zeigt dieselbe, dass Chatham noch immer glaubte, die Kolonien könnten durch geeignete Massnahmen zum Gehorsam und zur alten Abhängigkeit vom Mutterlande zurückgeführt werden, trotzdem schon ein Jahr seit ihrer Unabhängigkeits-Erklärung verflossen war. Und in der That muss man zugestehen, dass Chathams Eintreten für versöhnliche Massregeln auch jetzt noch so ganz ohne Aussicht auf Erfolg nicht war. Denn ein neuer Hoffnungsschimmer für eine friedliche Beilegung aller Zwistigkeiten, wenn auch vorläufig nicht für eine gänzliche Unterwerfung der Kolonien in dem Sinne Chathams, konnte dem genauen Beobachter aller Verhältnisse damals nicht entgehen. Nicht nur blieben, wie Chatham es andeutete, in Amerika die aus Frankreich erwarteten sehr nötigen Hülfsgelder aus, auch auf dem Schlachtfelde hatte sich an einem sehr wichtigen Punkte der Glücksstern der Kolonien geneigt. Zwar war, wie schon erwähnt, Burgoyne im Oktober zur Kapitulation gezwungen worden, indessen waren die Engländer im Süden mehr vom Glücke begünstigt. Hier wurde Washington im September von Howe derart geschlagen,

<sup>1)</sup> Diese Befürchtung wurde vierzehn Tage später durch Nachrichten aus Amerika zur Wahrheit. Am 15. Oktober hatte Burgoyne mit seinem ganzen Heere bei Saratoga die Waffen strecken müssen.

<sup>2)</sup> In der Parl. Hist. XIX, 359 finden sich über diese Rede zwei nicht gleiche Berichte; wir sind in der inhaltlichen Wiedergabe demjenigen gefolgt, welcher auch in Thackeray (II, 324) steht.

dass er mit dem Rest seiner Truppen sogar Philadelphia zu räumen für gut hielt, welches sofort von den Engländern besetzt wurde, während Washington selbst sich mit seinen Truppen in die Wälder zurückzog. Wenn man Washingtons Briefe an den Kongress aus dem Jahre 1777 liest<sup>1)</sup>, in denen er über den steten Mangel an dem nötigen Kriegsmaterial, über die Erkaltung jedes kriegerischen Eifers, „als ob aller Gemeinsinn erloschen wäre“, klagt, wenn Washington noch im April 78 dieselben Klagen wiederholt und dann fortfährt: „Dies ist kein schmeichelndes Gemälde von unserem Zustand; aber die Schilderung ist richtig . . . . In keinem Zeitraum habe ich seit dem Anfang des Krieges peinlichere Gefühle gehabt wegen Verzögerung als jetzt“, so darf man wohl behaupten, dass Chathams Vorschlag zur Nachgiebigkeit und Milde nicht ohne Erfolg gewesen sein würde. Eine allgemeine Missstimmung hatte sich der Kolonisten bemächtigt. Hätte man dieselbe in England sofort richtig zu benutzen gewusst, so hätte wohl noch einmal ein friedliches, freundschaftliches Verhältnis zwischen Amerika und England wieder hergestellt werden können. Schrieb doch auch General Gates im Oktober 77<sup>2)</sup> nach England: „Sofort zieht eure Flotten und Heere zurück; sucht die Freundschaft und den Verkehr mit Amerika zu pflegen. So, und so allein, kann England hoffen, gross und glücklich zu sein.“

Am 2. Dezember, als der Herzog von Richmond den Antrag stellte, es solle eine Untersuchung über die Lage des Landes angestellt werden, unterstützte Chatham diesen Antrag und bat zugleich, man möge diese Untersuchung auch auf Gibraltar und Minorca ausdehnen, denn besonders auf Gibraltar befänden sich im Falle eines Krieges ganz ungenügende Streitkräfte.

An demselben Tage traf in England die Nachricht von Burgoynes Kapitulation ein. Chatham setzte sich sofort mit Richmond, Shelburne, Rockingham und anderen Gesinnungsgenossen in Verbindung, welche alle sein Vorhaben billigten<sup>3)</sup>, das dahin ging, es solle der Antrag gestellt werden, das Ministerium möge die Instruktionen, die man Burgoyne erteilt habe, auf den Tisch des Hauses legen. Am 5. Dezember erschien Chatham im Parlament und begründete seinen Antrag mit den Worten, er sei überzeugt, dass Burgoynes Unglück seinen Grund allein in dem Mangel an Fähigkeiten und Weisheit habe, welcher die Minister kennzeichne. Der dem General Burgoyne von England aus erteilte Befehl, von Kanada aus nach dem Süden vorzudringen, sei allein an seinem Unglück schuld. Er schlage nunmehr vor, man möge eine Whig-Verbindung zwischen beiden Ländern herzustellen suchen, die sich auf eine verfassungsmässige Abhängigkeit und Unterordnung der Kolonien unter England gründe, um so den Frieden wieder herzustellen. Chathams Antrag wurde vom Hause abgelehnt.

Noch einmal vor Ablauf des Jahres trat Chatham im Parlament auf, als Oxford am 11. Dezember den Antrag stellte, das Parlament bis zum 20. Januar 1778 zu vertagen. Chatham sprach gegen den Antrag, die Weihnachtsferien so lange auszudehnen, da man jeden Augenblick die wichtigsten Nachrichten erwarten könne, die eine thätige Mitwirkung der Volksvertreter umso mehr erheischen, als die Minister jedwedes Vertrauen mit Recht verloren hätten. Statt

<sup>1)</sup> George Washingtons Briefe und Berichte an den Kongress. Leipzig 1796 und 97.

<sup>2)</sup> Chatham Correspondence IV, 489.

<sup>3)</sup> Chatham Correspondence IV, 470.



dem Vergnügen nachzugehen, möchte man die Verteidigungsfähigkeit des Vaterlandes ins Auge fassen, denn er fürchte, dasselbe gehe dem Untergang ganz und gar entgegen. Da Deutschland in Zukunft aufhören werde, ihnen Rekruten zu liefern, so möge man, wie dies früher auch geschehen sei, ein starkes Milizheer bilden. Den Kolonien gegenüber möge man endlich veröhnliche Massregeln ergreifen.

Oxfords Antrag wurde darauf vom Hause angenommen.

Wenn auch Chathams heftige Angriffe gegen die Minister anfangs unbeachtet und wirkungslos vorüberzugehen schienen, so zeigte sich doch bald, dass sowohl im Ministerium als auch im Volke selbst eine grosse Sinnesänderung in bezug auf die den Kolonien gegenüber zu befolgende Politik vor sich ging. Selbst frühere Feinde Chathams drückten unverhohlen den Wunsch aus, Chatham wieder an der Spitze der Regierung zu sehen. Sogar Lord Bute, des Königs vertrauter Ratgeber, der früher Chathams heftigster Widersacher gewesen war, äusserte sich in diesem Sinne seinem Freunde Sir James Wright gegenüber, der seinerseits Chathams Arzt, Dr. Addington, von dieser Äusserung Butes in Kenntnis setzte. Addington glaubte in solchen Eröffnungen einen Wink dafür zu erblicken, dass der Hof mit Chatham wegen Übernahme der Regierung unterhandeln wolle, und unterliess es nicht, Chatham sofort von dem ihm Mitgeteilten in Kenntnis zu setzen. Jedoch wies Chatham „den Unsinn“ zornig zurück<sup>1)</sup>. Wohl wäre er geneigt gewesen, wieder ein Amt anzunehmen, jedoch wollte er weder mit Bute noch mit irgend einem der anderen Minister gemeinsame Sache machen. Als Lord North bald darauf ganz im Sinne Chathams dem Parlament (am 17. Februar) zwei Bills vorlegte, von denen die eine vollständigen Verzicht auf jede Steuer — die Theesteuer war namentlich angeführt —, die andere die Bitte an S. Majestät enthielt, es möchten fünf mit den ausgedehntesten Vollmachten versehene Unterhändler ernannt werden, welche mit den aufständischen Kolonien sofort in Verbindung treten sollten<sup>2)</sup>, richteten sich die Augen sehr vieler Engländer wieder auf Chatham, als den besten, wenn nicht den einzigen Unterhändler. Am 14. März, drei Tage nachdem der französische Gesandte in London die offizielle Mitteilung von dem zwischen Frankreich und Amerika abgeschlossenen Verträge gemacht hatte, reichte Lord North, der wohl einsah, dass er den Frieden nicht wieder herstellen könnte, dem König seine Entlassung ein und schlug ihm Chatham als seinen Nachfolger vor. Doch der König wollte Chatham nur dann ins Ministerium eintreten lassen, wenn er und seine Anhänger als „die Freunde und Verbündeten des „Premierministers (North) an der Regierung teilnehmen wollten“. Denn das Amt des ersten Ministers wollte der König Chatham nicht geben. „Lieber wollte ich meine Krone verlieren“, schrieb er am 15. März an North über Chatham und dessen Anhänger, „als die Schmach erleiden, dieselbe unter ihren Handfesseln zu tragen.“ Jedoch bald wurde die Strömung zugunsten Chathams im Volke so stark, dass der König vielleicht doch hätte nachgeben müssen, wenn nicht Chathams lebensgefährliche Erkrankung seinen Eintritt ins Ministerium unmöglich gemacht hätte.

Als die Note des französischen Hofes zu Chathams Kenntnis gelangte, in welcher mit dem spöttelnden Hinweis auf die bekannte Friedensliebe Englands die Mitteilung von dem

<sup>1)</sup> Chatham Correspondence IV, 494.

<sup>2)</sup> Mahon VI, 224.

zwischen Frankreich und Amerika abgeschlossenen Verträge gemacht wurde, da entbrannte Chathams ganzer Ingrimm gegen das „hinterlistige Frankreich“ von neuem. Nach seiner Ansicht sollte man sofort den Krieg gegen Frankreich mit aller Energie beginnen. Spanien — das wusste man — wollte sich an dem etwa ausbrechenden Kriege zugunsten der Kolonien beteiligen, und dennoch, ja gerade deshalb riet Chatham zum Kriege. Nur wenige Freunde teilten seine Ansicht, dass man die Unabhängigkeit der Kolonien nicht anerkennen dürfe, dass man vielmehr alles wagen oder zu Grunde gehen müsse. Temple, der hierin mit Chatham übereinstimmte, Shelburne, Camden, Hillsborough und einige andere Lords sprachen sich im Oberhaus gegen jede Idee der Anerkennung einer gänzlichen Unabhängigkeit Amerikas auf das entschiedenste aus. Rockingham hatte Chatham schon im Januar erklärt<sup>1)</sup>, dass nach seiner Ansicht Amerika nicht mehr gezwungen werden könne, die Oberhoheit des Mutterlandes anzuerkennen; daher solle man, um sich Amerikas Freundschaft und Handel zu sichern, sofort seine Unabhängigkeit anerkennen. Richmond, der auch jetzt noch Chathams Ansicht teilte<sup>2)</sup>, dass man Amerika nicht „durch einen Krieg zum Gehorsam zwingen“ könne, wich in einem anderen Punkte erheblich von ihm ab. In einer Ausschusssitzung beider Häuser hatte er mit Chathams Einwilligung eine Adresse an den König beantragt, um denselben zu bitten, seine Minister zu entlassen und alle Land- und Seetruppen aus Amerika zurückzuziehen. Diesem Antrage hatte er ohne Chathams Wissen die Worte hinzugefügt, es möchten nur friedliche Mittel angewandt werden, „um wenigstens ihre Freundschaft, wenn nicht ihre Unterwerfung zu erlangen“<sup>3)</sup>. Als er Chatham von diesem Zusatz in Kenntnis setzte, antwortete ihm dessen Sohn im Auftrage des kranken Vaters am 6. April<sup>4)</sup>: „Es thut meinem Vater leid, dass er sich in einer so grossen Meinungsverschiedenheit mit dem Herzog von Richmond befindet. Er giebt jede Hoffnung auf, mit Erfolg einen ehrenvollen Ausweg zu finden. Jedoch will er es versuchen, ehe sein augenblickliches Unwohlsein schlimmer wird. Eine gewisse Schwäche hat er noch in den Händen, jedoch hofft er morgen in der Stadt zu sein.“ Chathams Hoffnung erfüllte sich. Am folgenden Tage — es war am 7. April — wurde er von seinem Sohn William und seinem Schwiegersohn, Lord Mahon, ins Parlament geführt, denn ohne solche Stütze hätte er sich trotz seiner Krücken nicht von der Stelle bewegen können, so leidend und schwach war er. Die Lords, welche auf der vordersten Bank sassen, erhoben sich von ihren Sitzen, als er vorüber ging. Von Kopf zu Fuss war er in schwarzen Samt gekleidet; seine Füsse waren bis zu den Knien in Flanell gehüllt; bleich und hager waren seine Gesichtszüge; „er sah aus wie ein Sterbender“. Als Richmond die Adresse vorgelesen hatte, welche er an den König zu richten beantragte, stand Chatham, sich auf seine beiden Kinder stützend, die rechts und links an seiner Seite sassen, langsam von seinem Sitze auf. Dann erhob er seine Rechte, richtete seine Augen gen Himmel und begann<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Chatham Correspondence IV, 490.

<sup>2)</sup> Chatham Correspondence IV, 516.

<sup>3)</sup> Thackeray II, 376.

<sup>4)</sup> Chatham Correspondence IV, 518.

<sup>5)</sup> Auch von dieser letzten Rede Chathams finden sich in der Parl. Hist. (XIX, 1023) zwei verschiedene Berichte. Wir sind demjenigen gefolgt, welcher sich auch in Thackeray (II, 376—381) findet.



erst leise, fast unvernünftig, dann aber, als er eine Weile geredet hatte, immer lauter und begeisterter: „Ich danke Gott, dass er mich heute hat hierhin kommen lassen, um meine Pflicht in einer Angelegenheit zu erfüllen, die mir so sehr auf der Seele lastet. Ich bin alt und schwach und habe schon einen Fuss im Grabe, und doch bin ich aus dem Bette aufgestanden, um für die Sache meines Vaterlandes einzutreten, vielleicht, um nie wieder in diesem Hause zu sprechen.“ Sodann rief er seinen Zuhörern die ruhmvolle Zeit früherer Jahre ins Gedächtnis zurück, als England noch bei allen Nationen Ansehen und Achtung besessen hätte. Jetzt wolle man sich vor dem Hause Bourbon beugen. Er freue sich, dass sich das Grab noch nicht über ihm geschlossen habe, dass er noch lebe, um seine Stimme zu erheben gegen eine Zerstückelung seines Vaterlandes, in die er nie einwilligen werde. Das englische Volk sei nicht mehr das, was es gewesen. Wenn Spanien und Frankreich den Krieg wollten, weshalb solle man ihn denn nicht wagen können? Wenn man den Frieden nicht mit Ehren zu wahren imstande sei, dann solle man den Krieg ohne Zaudern beginnen. „Wenigstens eine Anstrengung wollen wir machen“, so schloss er, „und wenn wir fallen müssen, dann wollen wir wie Männer fallen.“

Als Chatham geendet hatte, erhob sich Richmond noch einmal und erinnerte Lord Chatham daran, dass zur Zeit des letzten Krieges die Lage des Landes eine andere gewesen sei, als jetzt. Damals wären durch Pelhams Verwaltung der Finanzen reichliche Geldmittel vorhanden gewesen, während jetzt die Staatskasse leer sei; auch sei die Flotte damals eine ausserordentlich Achtung gebietende gewesen. Als damals Spanien mit eingetreten sei in den Kampf, sei Frankreich, der einzige Feind Englands, schon besiegt gewesen, während es zugleich seine hauptsächlichsten Kolonien in Amerika habe preisgeben müssen. Damals sei Amerika noch für England gewesen, heute stehe es im Bunde mit den Feinden. Gern wolle er dem edlen Lord einräumen, dass er den Ruhm Englands zu vorher nie gekanntem Glanze erhoben hätte; käme derselbe jedoch heute ans Ruder, so würde er sich in einer ganz anderen Lage befinden als damals.

Als der Herzog von Richmond geendet hatte, machte Chatham eine ungestüme Bewegung, um aufzustehen. Nach mehrfachen Anstrengungen, sich aufrecht zu halten, drückte er plötzlich seine Hand ans Herz und brach dann in Zuckungen zusammen. Als er sich etwas erholt hatte, brachte man ihn nach Hayes; dort starb er nach einigen Wochen, am 11. Mai.

Sein Tod söhnte alle seine Gegner mit ihm aus. Das Parlament beschloss, ihm auf Staatskosten ein glänzendes Begräbnis zu bereiten und in der Westminster-Abtei ein Denkmal zu errichten. Seine Familie erhielt ausser einer sofortigen Unterstützung von 20000 £, um ihre Schulden zu bezahlen, 4000 £ jährliche Pension und das Recht, Chathams Titel weiter zu führen. Der König sah diese Anerkennung, welche man dem Verstorbenen zuteil werden liess, nicht ohne ein gewisses Missvergnügen. Am 12. Mai schrieb er an North, welcher noch an der Spitze des Ministeriums stand: „Ich bin ziemlich erstaunt über den Beschluss, Lord Chatham ein öffentliches Begräbnis zuteil werden zu lassen und ihm ein Denkmal zu setzen. Ich hoffe, dass dieser Antrag in dem Sinne abgefasst ist, dass man einen Beweis der Dankbarkeit für sein erfolgreiches Bemühen geben will, dass er beim Beginn des letzten Krieges

erst leise, fast un-  
begeisterter: „Ich da  
in einer Angelegenhe  
und habe schon eine  
die Sache meines Vat  
Sodann rief er seine  
England noch bei al  
vor dem Hause Bou  
geschlossen habe, dass  
Vaterlandes, in die  
gewesen. Wenn Spa  
wagen können? Wer  
man den Krieg ohne  
so schloss er, „und v

Als Chatham  
Chatham daran, dass  
sei, als jetzt. Dam  
vorhanden gewesen,  
ausserordentlich Acht  
Kampf, sei Frankreich  
seine hauptsächlichste  
noch für England gew  
edlen Lord einräumen  
hätte; käme derselbe  
befinden als damals.

Als der Herzo  
um aufzustehen. Nac  
seine Hand ans Herz u  
brachte man ihn nach

Sein Tod söhn  
Staatskosten ein glänz  
zu errichten. Seine F  
ihre Schulden zu beza  
zu führen. Der König  
liess, nicht ohne ein g  
an der Spitze des Min  
Chatham ein öffentliche  
Ich hoffe, dass dieser  
barkeit für sein erfolgr

eile geredet hatte, immer lauter und  
erhin kommen lassen, um meine Pflicht  
Seele lastet. Ich bin alt und schwach  
aus dem Bette aufgestanden, um für  
wieder in diesem Hause zu sprechen.“  
er Jahre ins Gedächtnis zurück, als  
essessen hätte. Jetzt wolle man sich  
h das Grab noch nicht über ihm ge-  
neben gegen eine Zerstückelung seines  
che Volk sei nicht mehr das, was es  
en, weshalb solle man ihn denn nicht  
zu wahren imstande sei, dann solle  
e Anstrengung wollen wir machen“,  
wir wie Männer fallen.“

und noch einmal und erinnerte Lord  
ge des Landes eine andere gewesen  
der Finanzen reichliche Geldmittel  
sei; auch sei die Flotte damals eine  
Spanien mit eingetreten sei in den  
besiegt gewesen, während es zugleich  
eben müssen. Damals sei Amerika  
den Feinden. Gern wolle er dem  
erher nie gekanntem Glanze erhoben  
er sich in einer ganz anderen Lage

Chatham eine ungestüme Bewegung,  
recht zu halten, drückte er plötzlich  
en. Als er sich etwas erholt hatte,  
Vochen, am 11. Mai.

Das Parlament beschloss, ihm auf  
der Westminster-Abtei ein Denkmal  
Unterstützung von 20000 £, um  
das Recht, Chathams Titel weiter  
n dem Verstorbenen zuteil werden  
schrieb er an North, welcher noch  
erstaunt über den Beschluss, Lord  
und ihm ein Denkmal zu setzen.  
dass man einen Beweis der Dank-  
beim Beginn des letzten Krieges





das Volk zu begeistern wusste, und für seine Thätigkeit als Staatssekretär — sonst ist dieses Kompliment, wenn es ihm für sein allgemeines Benehmen gezollt wird, eher ein für mich persönlich beleidigender Beschluss.“ So sehr glaubte der König durch Chathams Opposition gekränkt zu sein, dass er nicht einmal durch sein tragisches Ende, das er im Dienste des Vaterlandes gefunden, mit ihm ausgesöhnt werden konnte.

Am 9. Juni wurden Chathams irdische Reste mit grossem Gepränge in der Westminster-Abtei beigesetzt.

Wenn wir nun zum Schluss noch einen kurzen Rückblick auf unsere Untersuchung werfen dürfen, so glauben wir dies ohne Bedenken als das Ergebnis derselben hinstellen zu können, dass das harte Urteil, welches Macaulay über Chatham fällt, jedenfalls nach dieser Seite seiner staatsmännischen Thätigkeit hin ein durchaus unzutreffendes, unrichtiges ist. Wenn sich auch nicht leugnen lässt, dass Chatham nicht ganz frei von Fehlern und Irrtümern auch in dieser Sache war, so lässt sich doch aus seinen Briefen und Reden erkennen, dass nur die höchste Freiheits- und Vaterlandsliebe ihn in allen seinen Entschlüssen und wohlgemeinten Ratschlägen leitete. Keine Spur von Heuchelei und Verstellung lässt sich in seinen Worten und Handlungen nachweisen, nichts von dem Schauspielerwesen, das Macaulay an ihm tadelt. Bis an sein Ende beharrte er bei der einmal gefassten, vollkommen berechtigten Ansicht, dass England kein Recht habe, seine Kolonien zu besteuern. Und dass Chatham nicht aus innerster Überzeugung, sondern aus verwerflichen Motiven gehandelt habe, das wird niemand behaupten, noch viel weniger erweisen können.

Trotz der wirklich bewunderungswürdigen Anstrengungen, die England in dem, bald nach Chathams Tode ausbrechenden Kriege machte, musste es doch im Frieden zu Versailles (1783) die Unabhängigkeit der nordamerikanischen Freistaaten anerkennen. Die Trennung der Kolonien vom Mutterlande war für England in materieller Hinsicht höchst vorteilhaft, da der Handel mit den unabhängigen Staaten weit mehr einbrachte, als der Besitz der Kolonien früher eingetragen hatte. Die Würde des Vaterlandes hatte im amerikanischen Zwiste allerdings auf dem Spiele gestanden; derselbe berührte aber die Wohlfahrt des Mutterlandes weniger als Lord Chatham glaubte. Er täuschte sich und andere in diesem Punkte, und seine Vaterlandsliebe hat ihm wohl das Leben gekostet. —

